

Stenographischer Bericht

über die

Verhandlungen des Bayerischen Landtags

Fünfundachtzigste öffentliche Sitzung

Nr. 85

Mittwoch, den 25. August 1948

III. Band

	Seite
Geschäftliches	2, 9, 20
Eröffnung der Tagung 1948/49 durch den Präsidenten	2
Bekanntgabe eines Dankschreibens des Landtagspräsidenten von Rheinland-Pfalz für Anteilnahme anlässlich der Ludwigshafener Katastrophe und Hilfeleistung durch die bayerische Staatsregierung	2
Wahl der Vertreter des Landtags zum Landes- auschuß zur Durchführung einer Landes- sammlung für die Opfer von Ludwigshafen	2
Bekanntgabe eines Beileidsschreibens des Präsidenten anlässlich des Hinscheidens des Vize- präsidenten des Badischen Landtags, Franz Geiler	2—3
Geschäftliche Behandlung von Entwürfen zu den Gesetzen	
a) über die Zuständigkeit und das Verfahren in Fideikommiß- und Stiftungssachen (Bei- lage 1693); (Überweisung an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen)	
b) über die Abmündung der Schulversäumnisse (Beilage 1730); (Überweisung an den Ausschuß für Kultur- politische Fragen)	
c) über die Verlängerung von Land- und Fischereipachtverträgen (Beilage 1733); (Überweisung an den Ausschuß für Er- nährung und Landwirtschaft)	
d) über den Parlamentarischen Rat (Bei- lage 1731)	3
(Überweisung an den Ausschuß für Rechts- und Verfassungsfragen).	
Bekanntgabe von Beschlüssen des Senats zu den Gesetzen	
a) über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden (An- lage 103);	

	Seite
b) über die vorläufige Feststellung des Haus- haltsplans des bayerischen Staates für das Rechnungsjahr 1948 — Vorläufiges Haus- haltsgesetz — (Anlage 101);	
c) über einstweilige Zuwendungen an ruhe- gehaltsberechtigte Bedienstete deutscher, nicht mehr bestehender Versicherungsträger der Sozialversicherung (Anlage 110);	
d) über die vorläufige Regelung der Bezie- hungen zwischen Krankenkassen, Ärzten, Zahnärzten und Dentisten (Anlage 111);	
e) zur weiteren Regelung der Lotterieverhält- nisse in Bayern (Anlage 108);	
f) über die Zahlung von Unterhaltsbeträgen an berufsmäßige Wehrmachtsangehörige und ihre Hinterbliebenen (Anlage 109);	
g) über die Errichtung der Marktordnung für die Ernährungswirtschaft des Landes Bayern (Anlage 105);	
h) über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts „Der Beye- rische Rundfunk“ (Anlage 104);	
i) zur Regelung des Jahresurlaubs der Arbeit- nehmer gemäß Art. 174 der Bayerischen Verfassung (Anlage 102)	3
Ausführungen des Präsidenten zur Frage der Erledigung der Einsprüche des Senats zum Urlaubsgesetz	3—4, 5
a) Bekanntgabe des Antwortschreibens des Präsidenten des Senats zum Schreiben des Landtagspräsidenten in dieser Frage (Siehe 83. Sitzung vom 30. Juli 1948)	3
b) Schriftliche Stellungnahme des Minister- präsidenten hierzu	3—4
c) Neuerliche Beschlussfassung auf Ab- lehnung der Einwendungen des Senats	5
Redner:	
Dr. Hoegner (SPD)	5
Nachträglicher Beschluß zu Art. 10 des Gesetzes zur Regelung des Jahresurlaubs der Arbeit-	

	Seite
nehmer gemäß Art. 174 der Bayerischen Verfassung.	
Redner:	
Staatsminister Krehle	5
Ermächtigung des Präsidenten zur Festsetzung des Termins der im September stattfindenden Vollsitzung	5
Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Entwurf eines Gesetzes über den Parlamentarischen Rat (Beilage 1732) — Erste und zweite Lesung.	
Redner:	
Dr. Hoegner (SPD) [Berichterstatter]	5
Wahl der bayerischen Mitglieder des Parlamentarischen Rates.	
a) Bekanntgabe eines Schreibens des Landesvorsitzenden der Bayernpartei, Dr. Josef Baumgartner mit Forderung auf vier Mandate	6—7
b) Bekanntgabe eines Schreibens der KPD betreffend Mandatsvorschlag	7
c) Ausführungen des Präsidenten über das nach dem Wahlgesetz anzuwendende Schlüsselungsverfahren	7
Beschluss des Landtags hierüber	7
d) Vorschlagslisten der einzelnen Fraktionen	7—8
Hier folgt eine Erklärung des Abgeordneten Höllerer über seinen Austritt aus der WMB	8
Redner:	
Dr. Baumgartner (fraktionslos)	8-9
(Die Sitzung wird auf 5 Minuten unterbrochen.)	
Weidner (FDP)	10
Weißner (DDB)	10
Staatsminister Dr. Pfeiffer	10-11, 19-20
Seifried (SPD)	11
Dr. Sinnert (FDP)	11-13
Piechl (CSU)	13-14
Dr. Kroll (CSU)	14-15
Koske (DDB)	15
Dr. Müller (CSU)	15-19
Weißner (DDB) [zur Geschäftsordnung]	20
Festsetzung der Zeit für die nächste Sitzung	20
(Die Sitzung wird vertagt.)	

Die im Sitzungsaal des Oberfinanzpräsidiums stattfindende Sitzung wird um 16 Uhr 42 Minuten durch den Präsidenten Dr. Horlacher eröffnet.

Präsident: Der Tagungsabschnitt 1948/49 des Bayerischen Landtags ist hiermit eröffnet.

Nach Art. 4 Abs. 2 des Aufwandsentschädigungsgesetzes sind entschuldigt bzw. beurlaubt die Abgeordneten Anetseder, Bauer Hansheinz, Hagen Lorenz, von Knoeringen, Kirschl, Schwingenstein, Dr. Stürmann, Sühler, Dr. Vogtherr und Frau Zehner.

Anderweitig entschuldigt sind die Abgeordneten Hofer, Marx und Pittroff.

Ich habe dem hohen Hause ein Schreiben des Landtagspräsidenten von Rheinland-Pfalz vom 4. August 1948 bekanntzugeben, das folgenden Wortlaut hat:

Sehr geehrter Herr Kollege Dr. Horlacher!

Für die mir im Namen des Bayerischen Volks und Landtags ausgesprochene Anteilnahme anlässlich der Katastrophe bei der Badischen Anilin- und Soda-Fabrik Ludwigshafen, die eine große Zahl fleißiger Menschen mitten aus ihrer friedlichen Tätigkeit gerissen hat, sage ich Ihnen im Namen des Landtags Rheinland-Pfalz meinen aufrichtigsten Dank.

Mit besonderer Genugtuung hat der Landtag von Ihrer Bereitschaft, auch tatkräftige materielle Hilfe für die zahllosen Hinterbliebenen der Opfer zu leisten, Kenntnis genommen. Ich habe die zuständigen Stellen der Landesregierung von dieser Bereitschaft in Kenntnis gesetzt und sie gebeten, sich unmittelbar mit Vorschlägen zur Hilfeleistung mit der Bayerischen Staatsregierung in Verbindung zu setzen.

Das ist inzwischen auch geschehen. — Das Haus nimmt davon Kenntnis.

In diesem Zusammenhang darf ich dem hohen Hause mitteilen, daß der Landesausschuß, der nach dem Beschluß des Landtags vom 30. Juli 1948 die Sammlung zugunsten der Opfer des Ludwigshafener Explosionsunglücks durchzuführen hat, am 30. August vormittags 10 Uhr im Sitzungsaal des Innenministeriums, Holbeinstraße 11, zu seiner ersten, konstituierenden Sitzung zusammentritt. Der Landtag soll in diesem Ausschuß durch fünf Abgeordnete vertreten sein. Wir sind im Ältestenrat übereingekommen, für diesen Ausschuß die Abgeordneten Kurz, Trettenbach, von Knoeringen, Bezold Otto und Dr. Rief zu benennen. — Da sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich die Zustimmung des Hauses zu diesem Vorschlag fest.

Ferner teile ich dem Hause mit, daß ich aus Anlaß des Ablebens des Vizepräsidenten des Badischen Landtags Franz Geiler an den Präsidenten des Badischen Landtags folgendes Schreiben gerichtet habe:

Durch den Rundfunk erfahre ich, daß gestern abend der Vizepräsident des Badischen Landtags, Bürgermeister Franz Geiler, eine der führenden Persönlichkeiten der SPD in Baden, gestorben ist. Ich möchte nicht unterlassen, anlässlich des Ablebens dieses um das öffentliche Wohl in Baden stets besorgten und erfolgreich bemühten Mannes, dessen Name auch in den übrigen süddeutschen Ländern einen guten Klang hatte, Ihnen selbst als dem Präsidenten des Badischen Landtags, diesem und dem badischen Volk herzliche Teilnahme zum Ausdruck zu bringen.

In der gegenwärtigen schwierigen Zeit mühsamsten Aufbaues schlägt jeder Abgang eines um Volk und Staat sich mühen den Mannes eine schmerzlich fühlbare, oft nur schwer auszufüllende Lücke. Das Andenken des Verstorbenen wird die schönste Ehrung finden, wenn es gelingt, für ihn einen Nachfolger zu finden, der mit derselben Pflichttreue und mit dem gleichen Verantwortungs-

(Präsident)

bewußtsein wie er sich für die öffentlichen Interessen einsetzt.

Das Haus nimmt auch davon Kenntnis.

Während der Landtagsferien sind dem Hause von der Staatsregierung drei Gesetze zur Verlesung zugeleitet worden, und zwar der Entwurf eines Gesetzes über die Zuständigkeit und das Verfahren in Fideikommiß- und Stiftungssachen, der Entwurf zu einem Gesetz über die Abwendung der Schulversäumnisse und der Entwurf eines Gesetzes über die Verlängerung von Land- und Fischereipachtverträgen. Ich habe den ersten Entwurf dem Rechts- und Verfassungsausschuß, den zweiten Entwurf dem Ausschuß für Kulturpolitische Fragen und den dritten Entwurf dem Ausschuß für Ernährung und Landwirtschaft überwiesen. — Ich stelle fest, daß hiergegen kein Widerspruch erfolgt.

Schließlich habe ich den Entwurf eines Gesetzes über den Parlamentarischen Rat, der dem hohen Hause gestern vom Herrn Ministerpräsidenten zugeleitet wurde und über den wir in unserer heutigen Sitzung noch Beschluß zu fassen haben, unmittelbar dem Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen. Anders zu verfahren, wäre bei der großen Eilbedürftigkeit der Angelegenheit gar nicht möglich gewesen. — Ich stelle die nachträgliche Zustimmung des Hauses fest.

Ich habe dem hohen Hause ferner folgendes bekanntzugeben: Der Herr Präsident des Senats teilt mit, daß der Bayerische Senat gegen das Gesetz über den Finanzausgleich zwischen Staat, Gemeinden und Gemeindeverbänden keine Einwendungen erhebt. Ferner teilt der Senat mit, daß er gegen das vorläufige Haushaltsgesetz 1948 und den vorgelegten Betriebsmittelplan für das zweite Vierteljahr 1948 ebenfalls keinen Einspruch erhebt. Er erwartet aber, daß ihn die Staatsregierung bzw. das Staatsministerium der Finanzen gutachtlich hört in allen Angelegenheiten, zu denen im genannten Gesetz die Zustimmung des Landtags eingeholt werden muß. Auch gegen das Gesetz über einstweilige Zuwendungen an ruhegehaltberechtigte Bedienstete deutscher, nicht mehr bestehender Versicherungsträger der Sozialversicherung, gegen das Gesetz über vorläufige Regelung der Beziehungen zwischen Krankenkassen, Ärzten, Zahnärzten und Dentisten,

gegen das Gesetz zur weiteren Regelung der Lotterieverhältnisse in Bayern,

gegen das Gesetz über die Zahlung von Unterhaltsbeträgen an berufsmäßige Wehrmachtangehörige und ihre Hinterbliebenen,

gegen das Gesetz über die Errichtung der Marktordnung für die Ernährungswirtschaft des Landes Bayern und

gegen das Gesetz über die Errichtung und die Aufgaben einer Anstalt des öffentlichen Rechts „Der Bayerische Rundfunk“ erhebt der Senat keine Einwendungen. — Das Haus nimmt davon Kenntnis.

Weiterhin teilt der Senat mit, daß er seine Anträge vom 21. Juli 1948 zum Urlaubsgesetz, soweit sie nicht im Gesetz Berücksichtigung gefunden haben, als Einwendungen gegen dieses Gesetz aufrechterhält.

(Hört, hört!)

Der Präsident des Bayerischen Senats Dr. Singer hat hierzu in einem an den Herrn Ministerpräsidenten und

mich gerichteten Schreiben vom 3. August in Beantwortung meines, dem hohen Hause in der Sitzung vom 30. Juli 1948 bekanntgegebenen Schreibens, vom gleichen Tage Stellung genommen. Das Schreiben hat folgenden Wortlaut:

Der in Ihrem Schreiben vom 30. Juli 1948 vertretenen Rechtsauffassung vermag ich nicht beizutreten. Gemäß Art. 41 der Verfassung sind die vom Landtag beschlossenen Gesetze dem Senat noch vor der Veröffentlichung zur Kenntnisnahme vorzulegen. Der Senat kann gegen ein vom Landtag beschlossenes Gesetz innerhalb eines Monats bzw. bei dringlichen Gesetzen innerhalb einer Woche begründete Einwendungen erheben und sie dem Landtag zuleiten. Der Landtag beschließt dann darüber, ob und inwieweit er den Einwendungen Rechnung tragen will.

Diese Verfassungsverordnung ist zwingend. Die Tatsache, daß der Senat schon vorher in begutachtender Form oder nach Art. 39 der Verfassung gleichlautende Anträge mit den hernach erhobenen Einwendungen an den Landtag während der Beratung einer Gesetzesvorlage herangebracht hat, ändert an diesem von der Verfassung vorgeschriebenen Verfahren nichts. Auch in einem solchen Falle muß das Gesetz nach Beschlußfassung des Landtags dem Senat zur Kenntnisnahme zugeleitet werden. Der Senat hätte sonst auch gar keine Möglichkeit, von den im Landtag selbst vorgenommenen Änderungen Kenntnis zu nehmen. Es muß deshalb über die mit Beschluß des Senats vom 28. Juli 1948 erhobenen Einwendungen gegen das Urlaubsgesetz noch eine Beschlußfassung des Landtags herbeigeführt werden.

Die bisherige Übung des Senats, schon während der beim Landtag schwebenden Gesetzesvorlage Anträge dem Landtag zuzuleiten, hat sich meiner Ansicht nach bewährt, da auf diese Weise eine Berücksichtigung der vom Senat vertretenen Anschauungen schon bei der Schlußabstimmung im Landtag möglich ist, wodurch sich dann in der Regel Einwendungen gegen die vom Landtag beschlossenen Gesetze im Senat vermeiden lassen. Ich würde es deshalb bedauern, wenn dieses bisher bewährte Verfahren vom Landtag aufgegeben würde.

Um in Zukunft Unstimmigkeiten zu begegnen, würde ich es begrüßen, wenn das in einer gemeinsamen Aussprache erledigt würde.

Der Herr Ministerpräsident hat sich in einem Schreiben mit dem Datum vom 4. August 1948 im wesentlichen der Rechtsauffassung des Senats angeschlossen. Es lautet:

Der in dem Schreiben vom 30. Juli 1948 vertretenen Rechtsauffassung bedauere ich nicht beizutreten zu können.

Es handelt sich um die Auffassung, die ich dem Herrn Ministerpräsidenten mit Zustimmung des Landtags zugeleitet habe.

Nach Art. 41 der Verfassung sind die vom Landtag beschlossenen Gesetze dem Senat noch vor der Veröffentlichung zur Kenntnisnahme vorzulegen. Der Senat kann gegen ein vom Landtag beschlossenes Gesetz innerhalb eines Monats, bei den für dring-

(Präsident)

sich) erklärten Gesetzen innerhalb einer Woche, begründete Einwendungen erheben. Der Landtag hat sodann zu beschließen, ob er den Einwendungen Rechnung tragen will.

Dieses Verfahren ist durch die Verfassung zwingend vorgeschrieben. Es kann nicht dadurch ersetzt werden, daß bei der Schlußberatung und Schlußabstimmung im Landtag über etwaige Anträge des zuständigen Ausschusses oder der Vollversammlung des Senats, die dem zuständigen Ausschuss oder der Vollversammlung des Landtags vorlagen, mitentschieden wird.

Gemäß Art. 39 der Verfassung hat der Senat jederzeit das Recht, unmittelbar oder durch die Staatsregierung Anträge an den Landtag zu bringen. Von diesem Recht kann der Senat, wie er es, ebenso wie in anderen Fällen, im vorliegenden Fall getan hat, auch während der Beratung eines Gesetzes im Landtag Gebrauch machen. Zu diesem Zweck werden gleichzeitig mit der Vorlage an den Landtag die Gesetzesvorlagen der Staatsregierung dem Senat zur Kenntnisnahme zugeleitet. Dieses Verfahren hat sich als zweckmäßig erwiesen. Wenn der Senat sich rechtzeitig mit einer Materie vertraut machen kann, kann er schon während der Landtagsberatungen die ihm veranlaßt erscheinenden Anträge stellen. Der Landtag kann diese, wenn er es für geboten erachtet, schon bei der Schlußabstimmung berücksichtigen. Das Verfahren nach Art. 41 kann so wesentlich beschleunigt werden.

Hiedurch wird jedoch dieses Verfahren nicht berührt, das einsetzt, wenn der Landtag ein Gesetz beschlossen hat. Erst dann ist das Gesetz dem Senat zuzuleiten. Macht er von der Möglichkeit, Einwendungen zu erheben, innerhalb der vorgesehenen Frist Gebrauch, so hat der Landtag über diese Einwendungen zu beschließen. Erst mit diesem Beschluß ist ein Gesetz verfassungsmäßig zustande gekommen und ist gemäß Art. 76 Abs. 1 der Verfassung auszufertigen.

Da im vorliegenden Fall ein Beschluß des Landtags über die nach seiner Schlußabstimmung vom 22. Juli 1948 erhobenen Einwendungen des Senats vom 28. Juli 1948 noch nicht vorliegt, sehe ich mich nicht in der Lage, das Gesetz auszufertigen und seine Bekanntmachung anzuordnen. Ich bitte daher, zunächst diesen Beschluß noch nachzuholen. Bei der Bedeutung gerade dieses in einzelnen Punkten umstrittenen Gesetzes muß damit gerechnet werden, daß seine Rechtsgültigkeit von irgendeiner Seite beim Verfassungsgerichtshof angezweifelt werden wird. Schon aus diesem Grunde liegt es daher im Interesse aller beteiligten Staatsorgane, daß das Gesetzgebungsverfahren nicht bemängelt werden kann, zumal da für den Fall, daß es vom Verfassungsgerichtshof als nicht verfassungsmäßig zustande gekommen betrachtet werden würde, Schadenersatzansprüche in erheblichem Umfang auftauchen können.

Dem Herrn Präsidenten des Senats habe ich Abdruck dieses Schreibens zugeleitet.

(Dr. Hoegner: Ich bitte ums Wort.)

— Einen Augenblick, ich bin noch nicht zu Ende. Ich stelle zu dieser Angelegenheit folgendes fest: Wie ich gelegentlich der ersten Lesung des Urlaubsgesetzes in der 79. Sitzung vom 22. Juli 1948 mehrfach hervorgehoben habe, war, um das Gesetz noch vor Beginn der Ferien verabschieden zu können, mit dem Senat vereinbart worden, und zwar auf Wunsch des Herrn Senatspräsidenten, es solle ausnahmsweise der Senat seine Einwendungen direkt an den Sozialpolitischen Ausschuss des Landtags hinübergeben und dieser sofort dazu Stellung nehmen. Der Sozialpolitische Ausschuss hat dann auch tatsächlich über die einzelnen Einwendungen des Senats vom 21. Juli beraten und Beschluß gefaßt. Soweit der Ausschuss den Einwendungen des Senats in seinem Mündlichen Bericht vom 22. Juli nicht Rechnung getragen und auch der Landtag selbst sie bei der Beschlußfassung in der Sitzung vom gleichen Tage nicht mehr aufgegriffen hat, waren sie damit als sachlich erledigt und abgelehnt anzusehen. Das war so vereinbart und ich habe es auch noch einmal in der Sitzung des Landtags vom 30. Juli ausdrücklich festgestellt, und das hohe Haus hat dies ausdrücklich bestätigt.

Ich kann unter diesen Umständen meine Vermutung darüber nicht verhehlen, daß der Senat nachträglich von der im Interesse einer beschleunigten Verabschiedung des Gesetzes getroffenen Vereinbarung wieder abgerückt ist und nun unter Berufung auf den Wortlaut der Verfassung eine nochmalige Beschlußfassung des Landtags über die sachlich bereits erledigten Einwendungen verlangt. Immerhin, das ist nun einmal geschehen, und wir müssen dem Rechnung tragen; sonst könnte dem Landtag der Vorwurf gemacht werden, er beachte die Bestimmungen der Verfassung nicht.

Ich habe es selbstverständlich nicht für notwendig erachtet, die Einwendungen des Senats vom 28. Juli, die sich inhaltlich mit denen vom 21. Juli decken, noch einmal dem Sozialpolitischen Ausschuss zur Stellungnahme zuzuleiten. Sachlich sind diese Einwendungen ja vom Ausschuss schon beraten und abgelehnt worden. Ich halte es auch nicht für notwendig, nun hier im Plenum erneut in eine Erörterung der Einwendungen des Senats einzutreten. Ich schlage dem hohen Hause vielmehr vor, folgenden Beschluß zu fassen:

Die Einwendungen des Senats vom 28. Juli 1948 gegen das Gesetz zur Regelung des Jahresurlaubs der Arbeitnehmer gemäß Art. 174 der Bayerischen Verfassung sind als erledigt zu betrachten und werden hiermit abgelehnt.

Meine Damen und Herren! Wenn man sich auf den rein formalrechtlichen Standpunkt stellt, muß sich der Landtag noch einmal mit den Einwendungen des Senats befassen; man hätte aber erwarten können, daß der Senat in diesem Fall auf Einwendungen verzichtet hätte. Ich persönlich werde dem Hause nicht mehr vorschlagen, den Senat zu einer Gesetzesvorlage zu hören, bevor sie der Landtag verabschiedet hat. Das ist nach meiner Überzeugung der einzig richtige Standpunkt. Wenn die Regierung den Senat bereits vorher mit einer Gesetzesvorlage befaßt, ist das ihre Angelegenheit und berührt den Landtag nicht.

Ich schlage dem hohen Hause vor, den Beschluß zu fassen, den ich verlesen habe. Der Ältestenrat ist dieser Auffassung beigetreten.

Das Wort hat der Abgeordnete Dr. Hoegner.

Dr. Hoegner (SPD): Ich verzichte im Hinblick auf die Ausführungen des Herrn Präsidenten, denen ich mich vollinhaltlich anschließe.

Präsident: Das Wort hat Herr Staatsminister Krehle.

Staatsminister Krehle: Hohes Haus, meine Damen und Herren! Nach dem Protokoll ist bei der Beschlußfassung über das Urlaubsgesetz in Art. 10 auf Grund eines Antrags des Herrn Abgeordneten Hagen Lorenz der Zusatz eingefügt worden „und dieser Entlassung der Betriebsrat seine Zustimmung gegeben hat“. Art. 10 lautet:

Der Anspruch auf Urlaub entfällt, wenn der Urlaubsberechtigte durch eigenes Verschulden aus einem Grund entlassen wird, der eine fristlose Entlassung rechtfertigt, und dieser Entlassung der Betriebsrat seine Zustimmung gegeben hat, oder wenn er das Arbeitsverhältnis unberechtigt vorzeitig löst.

Der Zusatz: „und dieser Entlassung der Betriebsrat seine Zustimmung gegeben hat“ muß gestrichen werden; er ist irrtümlich ins Protokoll aufgenommen worden. Abgeordneter Hagen hat seinen Antrag zurückgenommen.

Präsident: Dem Wunsch wird Rechnung getragen. Das Haus ist damit einverstanden. — Ein Widerspruch dagegen erfolgt nicht.

Ich darf nur über meinen Antrag abstimmen lassen, den ich verlesen habe. Ich stelle ausdrücklich noch einmal fest — und ich bitte auch den Herrn Ministerpräsidenten davon Kenntnis zu nehmen —, daß die Einwendungen des Senats dem ganzen Haus bekannt sind und eingehend im Sozialpolitischen Ausschuß behandelt wurden. — Niemand widerspricht. Dem Haus ist ferner bekannt, daß der Sozialpolitische Ausschuß und das Plenum ihre Beschlüsse unter Berücksichtigung der Einwendungen des Senats gefaßt haben. Ich schlage daher vor, folgenden Beschluß zu fassen:

Die Einwendungen des Senats vom 28. Juni 1948 gegen das Gesetz zur Regelung des Jahresurlaubs der Arbeitnehmer gemäß Art. 174 der Bayerischen Verfassung sind als erledigt zu betrachten und werden hiermit abgelehnt.

Ich bitte diejenigen Damen und Herren des hohen Hauses, die dem Beschluß beitreten wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist gegen einen Teil der Stimmen der CSU so beschloffen.

Dann möchte ich noch folgendes bekanntgeben:

Da im Verfassungsausschuß, im Haushaltsausschuß und auch anderen Ausschüssen wichtige Gesetzentwürfe zu beraten sind, und der Parlamentarische Rat voraussichtlich am 1. September in Bonn zusammentritt, so daß die Regierung in dieser Zeit wahrscheinlich verhindert sein wird, schlägt Ihnen der Ältestenrat vor, die nächste Vollsitzung um den 15. bis 20. September herum abzuhalten. Der Präsident ist jedoch ermächtigt, im Bedarfsfalle auch vorher eine Vollsitzung anzuberäumen. — Das Haus ist mit diesen Dispositionen einverstanden.

Wir treten in die Tagesordnung ein:

Mündlicher Bericht des Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen zum Entwurf eines Gesetzes über den Parlamentarischen Rat (Beilage 1732).

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Hoegner; ich erteile ihm das Wort.

Dr. Hoegner (SPD) [Berichterstatter]: Meine Damen und Herren! Der Verfassungsausschuß hat sich heute vormittag mit dem Entwurf eines Gesetzes über den Parlamentarischen Rat beschäftigt. Berichterstatter war meine Wenigkeit, Mitberichterstatter Herr Kollege Dr. von Brittwitz und Gaffron.

Der Berichterstatter wies zunächst darauf hin, daß es sich um eine bedeutende Vorbereitungshandlung für die Schaffung eines künftigen gesamtdeutschen Staates handle. Er ging auf die Vorgeschichte des Gesetzentwurfs näher ein. Er wies darauf hin, daß am 1. Juli 1948 die Militärbefehlshaber der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszonen die Ministerpräsidenten der Länder ihrer Zonen ermächtigten, eine Versammlung einzuberufen, die die rechtlichen Grundlagen für eine Gemeinschaft der Länder beraten sollte. Von den Ministerpräsidenten wurde zur Wahl dieses Parlamentarischen Rates ein Ausschuß bestellt, der einen Modellentwurf für das in allen Ländern zu verabschiedende Gesetz anfertigte. Der vorliegende Entwurf weicht nur in unwesentlichen Punkten von diesem Modellentwurf ab.

Bei der Einzelberatung entspann sich eine längere Aussprache über die vom Berichterstatter gemachte Anregung, den Ausdruck „Länder“ durch den Ausdruck „Staaten“ zu ersetzen. Nach der Erklärung des Herrn Ministerpräsidenten, daß mit dem Ausdruck „Länder“ hier keine verfassungsrechtliche Begriffsstimmung gegeben werden sollte, zog der Berichterstatter seinen Antrag zurück.

Der § 1 wurde dann in der vorliegenden Fassung angenommen. Für § 2 schlug der Berichterstatter die Fassung vor, die in der Beilage 1732 nachzulesen ist. Auf Anregung eines Mitglieds der demokratischen Fraktion wurde vor dem Wort „Grundgesetz“ das Wort „gemeinsames“ eingefügt. §§ 3 und 4 blieben unverändert. In § 5 wurde das Wort „Wahlfähigkeit“ ersetzt durch „Wählbarkeit.“ In § 8 wurde die Ziffer „250“ durch die Ziffer „350“ ersetzt. Der § 10 erhielt die Fassung:

Das Gesetz ist dringlich; es tritt am 25. August 1948 in Kraft.

In der Schlußabstimmung wurde das Gesetz einstimmig angenommen. Ich empfehle dem hohen Haus, dem Beschluß des Verfassungsausschusses beizutreten.

Präsident: Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. — Ich stelle das fest.

Ich schlage dem Haus vor, die erste und die zweite Lesung miteinander zu verbinden. — Widerspruch aus dem Haus erfolgt nicht. Ich werde also so verfahren.

Der Gesetzentwurf und der Mündliche Bericht des Rechts- und Verfassungsausschusses zu diesem Entwurf liegen den Mitgliedern des Hauses rotarisiert auf den Beilagen 1731 und 1732 vor.

Ich rufe auf § 1. Er bestimmt, daß der Parlamentarische Rat vom Land Bayern in Gemeinschaft mit den übrigen Ländern der amerikanischen, britischen und französischen Besatzungszonen gebildet wird. Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem § 1 in der vorliegenden Form zustimmen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Es ist, wie ich sehe, einstimmig so beschloffen.

(Dr. Baumgartner: Rein!)

(Präsident)

Ich bitte um die Gegenprobe. — § 1 ist gegen eine Stimme angenommen.

Ich rufe auf § 2. Dieser Paragraph weist dem Parlamentarischen Rat die ausschließliche Aufgabe zu, für Bayern und die genannten Länder ein gemeinsames Grundgesetz zu beraten, zu beschließen und den Ministerpräsidenten vorzulegen. — Auch hierzu stelle ich die Zustimmung des Hauses fest.

§ 3 enthält die Vorschriften, aus denen sich die Zahl der auf Bayern entfallenden Abgeordneten ergibt. Für Bayern ergeben sich hieraus 13 Abgeordnete. — Ich stelle auch hierzu die Zustimmung des Hauses fest.

§ 4 legt fest, daß die Abgeordneten Bayerns vom Bayerischen Landtag gewählt werden und ihre Wählbarkeit sich nach Art. 5 des Gemeindevahlgesetzes vom 27. Februar 1948 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 19) bestimmt. Das besagt, daß die zu wählenden Mitglieder am Tage der Wahl das 25. Lebensjahr vollendet haben müssen und nicht unter Klasse I, II oder III des Befreiungsgesetzes fallen oder, wenn sie noch keinen rechtskräftigen Spruchammerbescheid in Händen haben, nicht Mitglieder der NSDAP oder einer ihrer Gliederungen gewesen sein dürfen. — Ich stelle auch zu diesem Paragraphen die Zustimmung des Hauses fest.

Ich rufe auf § 5. Dieser Paragraph enthält Bestimmungen über die Beendigung eines Mandats und führt aus, daß es nicht nur durch die Beendigung der Tätigkeit des Parlamentarischen Rats, sondern auch durch Verzicht eines Abgeordneten oder durch Verlust der Wählbarkeit enden kann. Widerspruch dagegen erfolgt nicht. — Ich stelle die Zustimmung des Hauses fest.

§ 6 bestimmt, daß etwaige Nachwahlen nach den Vorschriften für die Hauptwahl durchzuführen sind. — Auch hierzu stelle ich die Zustimmung des Hauses fest.

§ 7 besagt, daß auf die Mitglieder Bayerns im Parlamentarischen Rat die Bestimmungen der Bayerischen Verfassung über die Immunität der Landtagsabgeordneten entsprechende Anwendung finden. Es erfolgt kein Widerspruch. — Ich stelle hierzu die einstimmige Zustimmung des Hauses fest.

§ 8 regelt die Aufwandsentschädigung für die Mitglieder Bayerns im Parlamentarischen Rat und besagt, daß die Bestimmungen des Gesetzes Nr. 66 über die Aufwandsentschädigungen der Abgeordneten des Bayerischen Landtags vom 12. Mai 1947 (Gesetz- und Verordnungsblatt Seite 123) mit der Maßgabe Anwendung finden, daß sich der Grundbetrag auf 350 Mark beläuft. Ergänzend bestimmt der Paragraph, daß die zu gewährende Aufwandsentschädigung auf die Aufwandsentschädigung, die ein Mitglied des Parlamentarischen Rats in seiner Eigenschaft als Abgeordneter des Bayerischen Landtags bezieht, nicht anzurechnen ist. — Da sich kein Widerspruch erhebt, stelle ich auch hierzu die Zustimmung des Hauses fest.

§ 9 räumt der Staatsregierung das Recht ein, Vertreter zu den Beratungen des Parlamentarischen Rats zu entsenden. Das Haus stimmt auch dem zu.

§ 10 bestimmt, daß das Gesetz dringlich ist und am 25. August 1948, also am heutigen Tage, in Kraft tritt. — Auch hierzu stelle ich die Zustimmung des Hauses fest.

Damit haben wir die erste Lesung beendet.

Wir treten in die zweite Lesung ein. Ich eröffne die Aussprache. — Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich rufe auf die §§ 1 —, 2 —, 3 —, 4 —, 5 —, 6 —, 7 —, 8 —, 9 — und 10. Ich stelle fest, daß die einzelnen Paragraphen in der Fassung der Ausschlußbeschlüsse und damit in der Fassung der ersten Lesung auch in der zweiten Lesung angenommen sind.

Wir kommen zur Schlußabstimmung. Die Schlußabstimmung ist grundsätzlich namentlich, sie kann aber in einfacher Abstimmung erfolgen, wenn kein Mitglied des Hauses widerspricht. — Das ist hier der Fall, es widerspricht niemand. Wir stimmen also in einfacher Form ab.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem Gesetz in der Fassung der Ausschlußbeschlüsse und damit der ersten Lesung und der zweiten Lesung in der Schlußabstimmung ihre Zustimmung erteilen wollen, sich vom Platz zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist gegen eine Stimme so beschlossen.

Das Gesetz hat die Überschrift:

Gesetz über den Parlamentarischen Rat.

Die Einleitung lautet:

Der Landtag des Freistaates Bayern hat zur Ausführung des Beschlusses der Ministerpräsidenten vom 26. Juli 1948 auf Grund des Art. 180 der Verfassung das folgende Gesetz beschlossen, das nach Anhörung des Senats hiermit bekanntgemacht wird.

Ich stelle fest, daß auch Überschrift und Einleitung die Zustimmung des Hauses gefunden haben.

Damit ist dieser Punkt erledigt. Ich nehme an, daß die Änderungen berücksichtigt sind, die Herr Dr. Hoegner vorhin bekanntgegeben hat.

(Dr. Hoegner: Jawohl!)

Dem Senat geht das Gesetz zu; das ist selbstverständlich.

(Dr. Hoegner: Es ist dringlich, der Senat muß innerhalb einer Woche entscheiden.)

— Das wird morgen geschehen, soweit ich gehört habe.

Wir kommen nun zur

Wahl der bayerischen Mitglieder des Parlamentarischen Rates.

Ich darf dazu folgendes bekanntgeben: Die Führer der Fraktionen haben sich unter Vorsitz des Herrn Ministerpräsidenten mit dieser Angelegenheit beschäftigt; ebenso hat der Ältestenrat vorhin dazu Stellung genommen. Für die Wahlen zum Parlamentarischen Rat liegen mehrere Anträge vor, von Seiten der Flüchtlinge und von einigen Frauenverbänden; ich habe sie den zuständigen Fraktionen zugeleitet. Andere Anträge wurden im Ältestenrat behandelt, so der Antrag Dr. Josef Baumgartner, bayerischer Staatsminister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten a. D., Landesvorsitzender der Bayernpartei. Er hat an den Herrn Ministerpräsidenten unter dem 20. Juli folgendes Schreiben gerichtet:

Die bisherigen Abgeordneten Bayerns beim bizonalen Wirtschaftsrat in Frankfurt haben den bayerischen Staat und seine Wirtschaft nachweislich in keiner Weise so vertreten, wie es der Eigenstaatlichkeit Bayerns und seinen wirtschaftlichen

(Präsident)

Bedürfnissen entsprochen hätte. Aus diesem Grunde (und nicht, um die Koblenzer Beschlüsse anzuerkennen) fordere ich im Namen der Landesleitung der Bayernpartei vier Mandate für die Körperschaft zur Vorbereitung eines bizonalen Verwaltungstatuts.

(Beifall bei den Zuhörern.)

— Ich möchte die Zuhörer darauf aufmerksam machen: Nach der Geschäftsordnung hat jeder Beifall der Zuhörer zu unterbleiben. Denn wir befinden uns hier nicht in einer Volksversammlung, sondern in einer parlamentarischen Beratung; das sind zwei Paar Stiefel. Ihren Beifall können Sie in Versammlungen zum Ausdruck bringen, aber nicht hier.

Es heißt dann weiter:

Ich bitte Sie, sehr geehrter Herr Ministerpräsident, diese Forderung der Bayernpartei bei der Auswahl der Vertreter Bayerns rechtzeitig dem Herrn Landtagspräsidenten bekanntzugeben.

Das ist geschehen. Das Haus nimmt zunächst einmal von diesem Schreiben Kenntnis.

Es folgt das Schreiben der Kommunistischen Partei:

Der Landesvorsitzende der Kommunistischen Partei schlägt als Mitglied für den zu bildenden Parlamentarischen Rat Herrn Max Kuß, geboren am 21. Oktober 1903 in Frankfurt/Oder, wohnhaft Coburg, Viktorstraße 5, vor. Wir ersuchen Sie, diesen unseren Vorschlag bei der Nominierung der Mitglieder des Parlamentarischen Rats im Landtag zu berücksichtigen und bestätigen zu wollen. Wir bitten um Kenntnisnahme und eventuelle Mitteilung, ob noch andere Formalitäten zu erfüllen sind.

Meine verehrten Damen und Herren! Nach dem soeben verabschiedeten Gesetz hat der Landtag darüber zu beschließen, welches Verfahren bei der Abstellung der Mitglieder zum Parlamentarischen Rat anzuwenden ist. Ich habe als Landtagspräsident das Statistische Amt in Bayern darum gebeten, die entsprechenden Unterlagen zu beschaffen. Ich habe die Unterlagen den Mitgliedern des Ältestenrats vorgelesen. Auf Grund dieser Unterlagen ergibt sich, wenn ich beispielsweise die Stadt- und Landkreiszahlen 1948 zugrundelege, folgende Aufschlüsselung: Wenn ich mit dem Devisor 13 die Gesamtzahl der damals abgegebenen Stimmen teile, treffen auf die CSU 4,91 Abgeordnete, auf die SPD 3,08, die WLB 0,21, die KPD 0,60, die FDP 0,67, die Flüchtlinge 1,60, die Bayernpartei 1,13, den Deutschen Block 0,05 und auf Sonstige 0,75. Wenn ich das im Wahlgesetz vorgesehene Schlüsselungsverfahren anwende, wonach der Devisor (13+1) genommen wird, ergibt sich folgendes Bild: Auf die CSU entfallen, 5,29, die SPD 3,31, die WLB 0,23, die KPD 0,64, die FDP 0,72, die Flüchtlinge 1,72, die Bayernpartei 1,22, den Deutschen Block 0,06 und auf Sonstige 0,81 Abgeordnete. Nach dem Ergebnis der Stadt- und Landkreiszahlen entfallen auf die Flüchtlinge und Sonstige allein rund 18 Prozent der abgegebenen Stimmen. Dabei kommt in Betracht — das hat auch der Ältestenrat gewürdigt —, daß bei den Stadt- und Landkreiszahlen ganz andere Gesichtspunkte entscheidend sind als bei rein politischen Wahlen. Die Grundziffern der

Stadt- und Landkreiszahlen können deshalb auf den Tatbestand der Entsendung von politischen Vertretern keine Anwendung finden. Wir müssen uns insoweit auf die Ergebnisse der Landtagswahl vom 1. Dezember 1946 stützen. Wir müssen uns weiter auf die Bestimmungen der Bayerischen Verfassung und auf die nach der Bayerischen Verfassung erfolgte Aufteilung der Mandate im Bayerischen Landtag stützen. Der Ältestenrat ist der Meinung, daß die Verteilung der Sitze auf Grund der Mandatziffern, die die einzelnen Fraktionen aufzuweisen haben, erfolgen muß. Dieser Grundsatz wurde vom Ältestenrat einstimmig gebilligt. Damit sind auch die entgegenstehenden Vorschläge erledigt.

Nun hat sich nur eine Schwierigkeit ergeben; die WLB ist unterdessen in zwei Teile

(Zuruf: drei!)

— oder drei Teile aufgespalten. Die WLB würde nach ihrer Größe an sich mit der FDP konkurrieren. Die FDP hat 9 Mandate, die WLB hat in ihrer größeren Gruppe diese Zahl nicht erreicht.

(Zuruf: Wir haben auch 9 Mandate!)

— Nein, die Fraktion der WLB hat nur 8 Mandate. Das ist ausdrücklich mitgeteilt worden. Nachdem der Abgeordnete Höllerer ausgeschieden ist, können wir die WLB nicht berücksichtigen.

Bei der Verteilung nach dem Schlüssel, der im Landeswahlgesetz festgelegt ist, ergeben sich für die CSU 7,79, für die SPD 4,26 und für die FDP 0,84 Abgeordnete. Infolgedessen erhält die CSU 8, die SPD 4 Mandate und die FDP 1 Mandat. Das ist der Beschluß des Ältestenrats, den ich dem hohen Hause vorzulegen habe.

Ich bitte diejenigen Mitglieder des Hauses, die dem zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. — Ich bitte um die Gegenprobe. — Es ist einstimmig so beschloffen.

(Zurufe: Nein!)

— Es ist gegen zwei Stimmen bei vier Stimmenthaltungen so beschloffen.

Es werden nun folgende Abgeordnete in Vorschlag gebracht:

Dr. Anton Pfeiffer, München 19, Hubertusstr. 9, geboren am 7. 4. 1888, Staatsminister und Leiter der Bayerischen Staatskanzlei, Landtagsabgeordneter;

Dr. Josef Schwalber, Dachau, Winterstraße 3, geboren am 19. 3. 1902 in Fürstfeldbruck, Staatssekretär im Staatsministerium des Innern, Landtagsabgeordneter;

Dr. Gerhard Kroll, Staffelfein (Oberfranken) Bahnhofstraße 95, geboren am 20. 8. 1910 in Breslau, Landtagsabgeordneter, Vertreter der Ostgebiete;

Dr. Wilhelm Laforet, Würzburg, Frauenlandstraße 12/II, geboren am 19. 11. 1877 in Edenkoben (Pfalz), Geheimrat und Universitätsprofessor, Landtagsabgeordneter;

Dr. Ferdinand Kleindienst, Göggingen, Mueßmannstraße 10, geboren am 20. 10. 1881 in Mering, Regierungsrat;

(Präsident)

Karl Siegmund Mayr, Fürth, Jakobinenstraße 28, geboren am 3. 5. 1906, Diplom-Volkswirt, vereidigter Buchprüfer;

Kaspar Gottfried Schlör, Amberg, geboren am 17. 2. 1888 in Dettelbach (Unterfranken), Oberregierungsrat;

alle sind vom Gesetz nicht betroffen.

(Wimmer: Weihnachtsamnestierte sind auch dabei!)

— Bei mir steht überall: „Vom Gesetz nicht betroffen.“

Dr. Kaspar Seibold, Diplom-Landwirt, Lenggries, geboren am 10. 10. 1914;

Josef Seifried, Landtagsabgeordneter, München, Stresemannstraße 33.

Das Geburtsdatum bitte ich noch nachzutragen. Alle sind über 25 Jahre alt, das weiß ich bestimmt.

Jean Stock, Aschaffenburg, Lindenallee 1;

Hansheinz Bauer, Würzburg, Edelstraße 13;

Dr. Willibald Mücke, Rechtsanwalt, München, Wahnfriedallee 13, Flüchtling;

(Zuruf: der erste Flüchtling!)

Dr. Thomas Dehler, geboren 1897, Oberlandesgerichtspräsident, Bamberg, St. Getreustraße 35.

Das sind also die 13 Abgeordneten, die in Vorschlag gebracht werden. Um das Wort hat noch Herr Abgeordneter Höllerer gebeten, um vor der Abstimmung eine Erklärung abzugeben. Auch Herr Abgeordneter Dr. Baumgartner bittet ums Wort vor der Abstimmung.

Zunächst hat der Herr Abgeordnete Höllerer das Wort.

Höllerer (fraktionslos): Meine verehrten Damen und Herren! Ich möchte vor der Wahl der Abgeordneten zum Parlamentarischen Rat eine Erklärung abgeben, nachdem ich gehört habe, daß die WLB den ihr ursprünglich zustehenden Sitz nicht bekommt, weil ich heute meinen Austritt aus der WLB erklärt habe.

(Zurufe.)

Es ist Ihnen wohl bekannt, daß ich vor ungefähr einer Woche den Landesvorsitz niedergelegt habe und auch aus der WLB ausgetreten bin.

(Zuruf: Das interessiert uns nicht!)

— Es interessiert Sie aber vielleicht folgendes: Die Abgeordneten der WLB sind heute nachmittag während der Tagung des Ältestenrats an mich herangetreten, ich möchte weiterhin in der Fraktion bleiben. Ich habe das abgelehnt, aus Gründen, die nun tatsächlich das hohe Haus nicht interessieren; ich habe es abgelehnt, weil ich es ablehnen mußte; denn es wäre nicht tragbar gewesen, wenn ich während der Abstimmung noch Mitglied der WLB-Fraktion geblieben wäre, um dann eine oder zwei Stunden später meinen Austritt zu erklären. Das hätten Sie mir übernehmen können. Infolgedessen mußte meine Erklärung vorher erfolgen, damit nicht nachher — Sie wissen schon, was ich meine!

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Baumgartner.

Dr. Baumgartner (fraktionslos): Herr Ministerpräsident, Herr Präsident, meine Damen und Herren! Es obliegt mir in dieser ernsten Stunde die Aufgabe, im Namen der bayerischen Bevölkerung, die sich zur Bayernpartei —

(Große Unruhe und erregte Zurufe)

— im Namen der bayerischen Bevölkerung, die sich zur Bayernpartei bekennt, eine Erklärung abzugeben.

(Erneute Unruhe.)

Präsident: Herr Abgeordneter, Sie wollen sagen: im Namen der bayerischen Bevölkerung, die sich zur Bayernpartei bekennt!

Dr. Baumgartner (fraktionslos): Sie stehen im Begriffe, meine Herren, der Bayernpartei Vertreter im Parlamentarischen Rat, der am 1. September in Bonn am Rhein zusammentreten soll, zu verweigern. Sie schalten damit bewußt und mit voller Absicht die heimatentreue Bevölkerung Bayerns davon aus,

(erregte Zurufe)

an den Geschicken Deutschlands mitzuarbeiten.

(Pfui-Rufe.)

Sie wollen verhindern, daß die heimattreuen Bayern ihre Stimme erheben, wenn am Rhein über Bayerns Schicksal entschieden wird. Sie lösen in dieser Stunde wiederum eine Lawine aus, wie sie 1871, 1919 und 1933 ausgelöst wurde, jene Lawine, die Bayerns Freiheit, Bayerns Hoheitsrechte, Bayerns Selbständigkeit zermalmt hat und Bayerns Söhne auf den Schlachtfeldern Großpreußens verbluten ließ.

(Zurufe.)

Ich stehe hier allein, aber ich bin der Sprecher all der Bayern, die in Heimatliebe sich zur Bayernpartei bekennen und den föderalistisch getarnten Zentralstaat ablehnen,

(Zuruf: Separatisten!)

einen föderalistisch getarnten Zentralstaat, der heute unter amerikanischem Schutz steht und morgen vielleicht schon den Wunschtraum des preußischen Generalstabs erfüllt, mit den östlichen Helfern Preußens Erbfeind im Westen anzugreifen.

(Unruhe.)

Präsident: Ich bitte um Ruhe. Meine Damen und Herren, seien Sie doch froh und bewahren Sie daher Ruhe, wenn Sie so interessante Ausführungen hören!

(Beifall.)

Dr. Baumgartner (fraktionslos): Es ist nicht üblich, daß der Herr Präsident ein Urteil über die Ausführungen eines Abgeordneten abgibt.

Präsident: Herr Abgeordneter Dr. Baumgartner, ich habe kein schlechtes Urteil abgegeben, sondern ein gutes.

Dr. Baumgartner (fraktionslos): Meine Damen und Herren! Meine Rolle heute gleicht in einer tragischen Parallele der des bayerischen Landtagsabgeordneten Josef Edmund Jörg, der vor 77 Jahren vor diesem Hause mit prophetischer Stimme und Sicherheit diese warnenden Worte gesprochen hat:

(Dr. Baumgartner [fraktionslos])

Wir können nicht, was Sie von uns verlangen. Berufen Sie sich an das Volk! Es möge andere Hände schicken! Die unsrigen beben zurück, sie werden das Grab nicht graben, wie man es von uns verlangt.

Und weiter:

Unser bayerisches Volk und unser ganzes süddeutsches Volk hat nicht eine militärische Vergangenheit hinter sich wie das norddeutsche, das preußische schon seit hundert Jahren. Dieses Volk ist für den Frieden geboren, es ist den Frieden gewohnt, und es wird unendlich bitter fühlen, was es heißt, das dienende Glied eines großen Militärnationalstaates zu sein.

Wir haben es bitter fühlen müssen: Zwei Weltkriege, Millionen Toter und ein Trümmerhaufen! Josef Edmund Jörg war damals gezwungen, eine Grabrede auf Bayern, auf Bayerns Freiheit zu halten.

(Zuruf: Das ist hoffentlich auch einel)

Ich stehe hier, um den **R a m p f** aufzunehmen, den Sie mit dem heutigen Tag der heimattreuen bayerischen Bevölkerung angesagt haben.

(Ohl-Rufe.)

Die große Stunde von 1871 fand im Bayerischen Landtag ein kleines Geschlecht. Das führte zu dem Unglück des bayerischen Volkes von heute. Wir aber in der Bayernpartei werden den Kampf aufnehmen gegen jede Form eines Einheitsstaates. Das bayerische Volk verlangt im Namen der Freiheit und der Heiligkeit des Rechts alle Hoheitsrechte zurück, die ihm seit 1871 durch Großpreußen geraubt wurden. Ich wende mich an diejenigen Herren Abgeordneten der Christlich-Sozialen Union, die genau so bayerisch denken wie ich, und beschwöre Sie: Laden Sie nicht eine historische Schuld auf sich, indem Sie weiterhin einem Parteiführer folgen, dem Bayern nichts und Preußen-Deutschland alles bedeutet! Vor zwei Jahren war es das Werk dieses Mannes, daß an der Spitze Bayerns heute kein Staatspräsident steht, der das Unrecht verhindern könnte, das Sie jetzt der Bayernpartei und der heimattreuen Bayernbevölkerung zufügen wollen. Ich beschwöre auch Sie, meine Herren Abgeordneten der SPD, deren Wiege in Bayern stand: Sozialismus und Treue zur Heimat sind sehr wohl vereinbar! Ihre historische Schuld wird es sein, daß Sie dem kalten Ruf aus Hannover gehorchen und nicht der warmen Stimme Ihres bayerischen Herzens!

Vor zwei Jahren hat das bayerische Volk im Glauben an die Demokratie Sie, meine Herren Abgeordneten, zu seinen Sprechern gewählt. Heute, da das Volk in den Kreis- und Gemeindevahlen längst gezeigt hat, daß es im großen Umfang den Reichsparteien kein Vertrauen mehr entgegenbringt, wagen Sie es, unveräußerliche bayerische Hoheitsrechte im Norden zu verhandeln. Sie, meine Herren, die Sie dorthin gehen, werden vor dem bayerischen Volk eines Tages Rechenschaft abzulegen haben. Die Führer der bayerischen Reichsparteien aber klage ich vor diesem Forum an, daß sie sogar Männer als Vertreter Bayerns nach Bonn schicken wollen, die nicht einmal Bayern und auch nicht Flüchtlinge sind, sondern Norddeutsche, die sich in Bayern politische Machtpositionen angeeignet haben. Die Landtagswahlen von

1946, meine Herren, waren kein Ermächtigungsgesetz, bayerische Souveränität nach Bonn zu tragen. Dieses Parlament hat offenbar in wohlbedachter Absicht es bis heute unterlassen, das Gesetz zu schaffen, das einen integrierenden Bestandteil der Bayerischen Verfassung darstellt, das Gesetz über den Volksentscheid. Längst hätte die Bayernpartei durch einen Volksentscheid die Auflösung dieses Landtags erzwungen, wenn Sie, meine Herren, wozu Sie vor Ihrem Gewissen und vor dem bayerischen Volk verpflichtet gewesen wären, die gesetzliche Möglichkeit dazu geschaffen hätten. Das wichtigste Recht der Demokratie, das Recht auf einen Volksentscheid, zwei Jahre lang hinauszuschieben, ist ein offenkundiger Mißbrauch der Verfassung.

(Zurufe aus dem Zuhörerraum: Sehr richtig!)

Präsident: Ich habe schon einmal darauf hingewiesen: Wir wollen solche Methoden, die aus der Nazizeit herübergekommen sind, hier nicht aufkommen lassen:

(Beifall. — Zurufe: hinaus!)

Auch habe ich aufmerksam gemacht, daß wir hier keine Volksversammlung haben. Den Herrn da hinten in der linken Ecke bitte ich, den Saal zu verlassen.

(Zuruf: Die sitzen alle auf den Pressebänken.)

Herr Abgeordneter, fahren Sie bitte weiter.

Dr. Baumgartner (fraktionslos): Fremde Truppen haben uns vor drei Jahren von der Herrschaft des Tyrannen befreit. Sie, meine Herren, setzen, indem Sie das Gesetz über den Volksentscheid hinauszögern und heute der Bayernpartei die Abgeordneten für Bonn verweigern, an die Stelle des braunen Diktators die parlamentarische Diktatur. Im Namen des heimattreuen bayerischen Volkes, im Namen der Anhänger der Bayernpartei im ganzen Lande Bayern, im Namen der Demokratie erkläre ich feierlich in dieser für Bayerns Geschichte entscheidenden Stunde: Nur durch eine freie Entscheidung des souveränen bayerischen Volkes kann eine Verfassung geschaffen werden, die uns und kommende Geschlechter bindet. Im Namen der Bayernpartei fordere ich daher den Volksentscheid für Bayerns Eigenstaatlichkeit.

(Beifall im Zuhörerraum.)

Präsident: Die Sitzung ist auf 5 Minuten unterbrochen. Ich bitte, unterdessen den Saal von diesen Zuhörern zu räumen.

(Die Sitzung wird um 17 Uhr 42 Minuten unterbrochen und um 17 Uhr 45 Minuten wieder aufgenommen.)

Präsident: Ich nehme an, daß inzwischen die Ruhestörer den Saal verlassen haben. Jene, die sich anständig verhalten, können naturgemäß nach wie vor dableiben. Ich erwarte aber, daß nun Anständigkeit im Zuhörerraum herrscht, schon mit Rücksicht auf die anständigen Zuhörer. Wir haben hier keine Demonstrationsversammlung, sondern ein Parlament, wo die Zuhörer sich unterrichten können über die Gründe und Gegengründe, die hier vorgebracht werden. Wir wollen solche Kadaverzonen, wie sie sich kurz vor dem Dritten Reich ereignet haben, nicht mehr einreißen lassen.

(Zustimmung.)

Das Wort hat der Herr Abgeordnete **W e i d n e r**.

Weidner (FDP): Meine Damen und Herren! Vor mir hat ein Abgeordneter gesprochen, der, sage und schreibe, volle 8 Monate im Landtag nicht erschienen ist.

(Zuruf: Aber die Diäten bezogen hat!)

Glauben Sie, daß Flüchtlings-Abgeordnete auch 8 Monate ihre Abgeordnetenpflicht nicht erfüllt hätten?

(Dr. Hoegner: Dr. Baumgartner war schwer krank.)

Es muß hier festgestellt werden, daß für den Parlamentarischen Rat tatsächlich leider nur ein echter Flüchtling benannt wurde, und zwar von der Sozialdemokratischen Partei. Wo bleibt da wieder die CSU? Ich will Herrn Dr. Kroll nicht zu nahe treten, aber

(Zuruf von der CSU: für uns ist Dr. Kroll Flüchtling)

er ist kein Flüchtling, er hat keinen Flüchtlingspaß, gilt sohin auch nicht als Flüchtling. Es geht um eine ganz klare Auslegung. Sie brauchen ja nur die Ziffern gegeneinander zu halten. Wir haben 25 Prozent Flüchtlinge in Bayern; wenn wir 13 Abgeordnete in den Parlamentarischen Rat schicken, müßten normalerweise 4 Flüchtlinge von uns benannt werden. Tatsächlich wird aber nur einer benannt. Meine Herrschaften von der CSU, wenn Sie die Flüchtlinge wirklich assimilieren wollen, wenn Sie auch Ihrerseits die Bereitwilligkeit hiezu zeigen wollen, dann, bitte, nehmen Sie die Gelegenheit wahr, das neue Gebäude durch Flüchtlinge mit aufbauen zu lassen. Ordnen Sie also einen weiteren Flüchtling ab!

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Meißner.

Meißner (DDP): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Es ist von einem Vorredner behauptet worden, daß mit dem heutigen Tag ein Stück bayerischer Geschichte seinen Fortgang nehmen würde. Namens des Deutschen Blocks möchte ich dazu erklären, daß hier nach unserer Auffassung ein Stück deutscher Geschichte gemacht wird und daß insolgedessen nur solche Männer und Parteien daran teilnehmen können, die sich auch zur deutschen Geschichte bekennen. Das trifft aber ausgerechnet für die Bayernpartei nicht im geringsten zu. Ich erinnere daran, daß die Linie der Bayernpartei immer die war: Wir kennen nur ein Bayern und darüber hinaus ein Europa, ein Deutschland aber kennen wir nicht! Und ich erinnere daran, daß Herr Professor Berr ein sogenanntes Memorandum veröffentlichte, in dem es wörtlich hieß, der Begriff Deutschland sei eine der größten Geschichtsfälschungen aller Zeiten gewesen. Angesichts dieser Sachlage stellt sich der Vertreter der Bayernpartei hier auf das Podium und verlangt ihre Mitwirkung an der zukünftigen Gestaltung der deutschen Geschichte in Bonn. Weil er nicht mitwirken kann, darum hält er eine Brandrede und spricht von Heimattreue usw. Unsere Heimat — das möchte ich hier ganz deutlich betonen — heißt und wird immer heißen: Deutschland. Und weil das so ist, darum haben wir noch weitergehende Bedenken, nicht nur gegen die Bayernpartei allein. Es hat sich nämlich gezeigt, daß die Gedanken der Bayernpartei nicht haltmachen bei ihrer Organisation, sondern daß sie hinübergegriffen haben in andere große Parteien, in andere große Fraktionen, und so erkläre ich namens des Deutschen Blocks, daß einige der vorgeschlagenen Herren niemals die Zustimmung des Deutschen Blocks

finden werden, insbesondere nicht Herr Staatsminister Dr. Pfeiffer und auch nicht Herr Staatsminister a. D. Seifried,

(Dr. Hoegner: Armer Mensch, was alles auf Deinem Buckel abgeladen wird!)

weil sie maßgebend beteiligt waren an der bayerischen Regierung in einer Zeit, in der der österreichische Bundeskanzler Dr. Tiesl öffentlich von einem bayerischen Antrag zur Gründung einer Donaumonarchie gesprochen hat. Das müßte uns doch eigentlich zu denken geben.

(Zuruf von der SPD.)

— Das spielt keine Rolle, es kommt auf den Geist an!

(Dr. Hoegner: Allerdings! — Weitere Zurufe.)

Sie sehen selbst, wohin ein Föderalismus dieser Art führt. Er führt letzten Endes zu den staats- und deutschlandfeindlichen Richtungen der Bayernpartei, die keine andere Grundlage haben, als Deutschland mit Preußen gleichzusetzen und auf Grund dessen ihre landes- und hochverräterischen Pläne mit ausländischen Mächten in die Tat umzusetzen. Dieser Status sollte uns stutzig machen. Es ist schon einmal — nachdem Herr Dr. Baumgartner von einer Parallele spricht — auch deutsches Blut, und nicht nur einmal, auf fremden Schlachtfeldern für fremde Völker geflossen, und das ist mindestens genau so gefährlich wie das, was Herr Dr. Baumgartner erklärt. Ich möchte Sie daher in Ihrem eigenen Interesse darauf hinweisen, daß die Bonner Frage eine deutsche Frage ist und bleiben wird und daß daher nur Männer dort etwas zu suchen haben, die deutsch denken und fühlen, ganz gleich, was kommen mag.

(Beifall beim Deutschen Block.)

Präsident: Das Wort hat Herr Staatsminister Dr. Pfeiffer.

Staatsminister Dr. Pfeiffer: Ich kann das, was hier vorgetragen wurde, einfach nur humoristisch nehmen. Was hier behauptet wurde, ist derart grotesk, daß ich an der Gesundheit eines Gehirns zweifeln muß, das derartige Dinge seruiert.

(Beifall bei der CSU.)

Präsident: Herr Staatsminister, ich stimme Ihnen zu, wenn Sie damit keinen Abgeordneten gemeint haben.

(Heiterkeit.)

Staatsminister Dr. Pfeiffer: Ich habe gesagt: Ich muß an der Gesundheit eines Gehirns zweifeln, das derartige Behauptungen konstruiert. Ich habe absolut offengelassen, wer der Inhaber, Träger und Benützer dieses Gehirns ist. Ich habe auch nicht hinzugefügt, ob der Sprechapparat, der diese Gedankengänge vorgetragen hat, sich in unmittelbarer, lokaler Symbiose mit diesem Gehirn befindet.

(Heiterkeit. — Zurufe.)

Wenn ich nun auf das Gebiet der sachlichen Aussprache übergehe, so habe ich zunächst zu bemerken: Ich werde den Text des amtlichen Stenogramms abwarten und erwarte, daß der Abgeordnete, der diese Behauptung aufgestellt hat, den bündigen Beweis vorlegt. Andernfalls werde ich sein Verhalten und seine Äußerungen mit den schärfsten Benennungen belegen, die es gibt, wenn

(Staatsminister Dr. Pfeiffer)

man sich in seiner politischen oder menschlichen Ehre angegriffen fühlt durch Behauptungen, an denen aber auch gar nichts Wahres ist. Die Benennung dieser Methoden behalte ich mir vor bis nach der Einsichtnahme in das amtliche Stenogramm. Inzwischen nehme ich die ganze Sache grotesk und von der humoristischen Seite.

(Beifall bei der CSU.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Seifried.

Seifried (SPD): Meine Damen und Herren, hohes Haus! Ich bin leider nicht so veranlagt, daß ich einen Vorgang, wie wir ihn eben erlebt haben, von der humoristischen Seite nehmen kann. Er ist ein Beweis, welcher Tiefstand gegenwärtig in unserem parlamentarischen und politischen Leben herrscht.

(Sehr richtig! bei der SPD.)

Ich bin dafür, daß rücksichtslos mit allen Mitteln gegen Leute vorgegangen wird, die ohne jedes Gewissen sich in einer so ernsten Stunde erlauben, so unerhörte Behauptungen aufzustellen.

(Meißner: Sie werden den Beweis bekommen!)

— Ich bin auf diese Beweisführung neugierig; denn ich stelle vor der ganzen Öffentlichkeit, fest, daß während meiner Zugehörigkeit zum Kabinett niemals irgendwelche Verhandlungen mit dem Präsidenten von Österreich, Dr. Fiegl, stattgefunden haben, weder über die Frage einer Donaukonföderation noch sonst irgendeine Frage. Das alles gehört in das Reich der Fabel. Ich fordere den Herrn Abgeordneten auf, die Beweisführung für seine Behauptung anzutreten.

(Beifall bei der SPD.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Cinnert.

Dr. Cinnert (SPD): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich glaube, daß das, was wir in der letzten halben Stunde erlebt haben, manchen an Zeiten erinnert, die wir für immer hinter uns geglaubt haben.

(Sehr richtig!)

Wer gesehen und gehört hat, wie hier von der hintersten Ecke des Saales dirigiert wurde,

(Zuruf: das war bestellt!)

der erinnert sich an vergangene Zeiten und fürchtet, daß solche Zeiten wiederkehren könnten.

(Sehr richtig!)

Die Bayernpartei ist nicht die Partei des heimatstreuen Bayernvolkes, sondern sie ist die Partei aller Unzufriedenen, sie ist die Partei, die alles herunterreißt, weil sie keine Verantwortung zu tragen hat.

(Sehr richtig!)

Niemals, meine Damen und Herren, hat sich jemand mehr ins Gesicht geschlagen als der Mann, der hier als Vertreter der Bayernpartei eine Rede abgelesen hat. Wenn man eine Rede abliest, die vorher im Zuhörerraum verteilt wurde,

(Zurufe)

— jawohl, das ist sie! — dann weiß man ja, was das zu bedeuten hat. Das sind nicht heimatstreue, verantwortungsbewußte Politiker, sondern das sind Demagogen, (sehr gut!)

die auf alle Weise versuchen, das Volk aufzuputtschen. Warum? Weil gerade dieses Volk durch die letzten 15 Jahre vollständig deffen entwöhnt wurde, was eine politische Entwicklung und was eine Geschichte bedeutet. Man kann erzählen, was man will! Wir sind ja alle nicht zufrieden. Ist in diesem Hause jemand, der zufrieden ist? Ich glaube nicht. Es ist also billig, auf dieser Harmonika der Unzufriedenheit zu spielen und damit Menschen aufzuputtschen; es ist billig, im Auftrag der „heimatstreuen Bayern“ etwas vorzulesen, nur sollte man sich dabei nicht so widersprechen, wie das Herr Dr. Baumgartner getan hat. Auf der einen Seite sagte er in seiner Rede, daß man vor dem heimatstreuen bayerischen Volk verantworten müßte, was hier geschieht, im gleichen Augenblick aber fordert er selbst in seiner Rede, die bis auf das Jahr 1871 zurückgeht und wirklich eine Grabrede war, 4 Vertreter für Bonn. Warum fordert man denn Totengräber für Bonn, wenn man dort nichts zu tun haben will? Wenn Herr Dr. Baumgartner einen Volksentscheid, wie es am Schluß seiner Rede hieß, eine freie Entscheidung des souveränen Bayernvolkes will, dann muß er von Bonn wegbleiben und warten, bis das Gesetz, das er als verantwortlicher Minister und Abgeordneter selbst in der Verfassung vorgesehen hat, zur Auswirkung kommt. Wir bedauern auch, daß dieses für das bayerische Volk entscheidende Gesetz noch nicht zustande gekommen ist; denn es wäre unbedingt notwendig gewesen — da gebe ich ihm recht —, endlich einmal dieses demokratische Ventil zu schaffen. Es ist die Schuld der rechten Seite dieses Hauses, daß ein Mann wie Herr Dr. Baumgartner Gelegenheit hat, hier aufzutrumphen. Man hätte dieses Gesetz längst schaffen und ihm so die Argumente aus der Hand nehmen können, mit denen er heute billige Triumphe feiert, weil die Menschen draußen es nicht anders verstehen.

Wenn Herr Dr. Baumgartner in die Geschichte zurückgehen will, wie er das getan hat, dann möchte ich ihm empfehlen, doch auf einen anderen Teil der Geschichte zurückzugehen, der nicht so glanzvoll ist — glanzvoll war die von ihm erwähnte Zeit in Bayern ja eigentlich auch nicht —, nämlich bis zum Jahre 1813, wo 30 000 heimatstreue Bayern nach Rußland geschickt wurden.

(Zustimmung.)

Warum spricht er nicht davon? Kein Wort davon! Wer garantiert uns dafür, daß die heimatstreuen Bayern nicht eines schönen Tages wieder nach dem Osten schauen, wenn auch vielleicht nicht so weit? Das haben sie ja heute nicht mehr nötig. Es ist sehr billig, mit solchen Sprüchen über die Vergangenheit zu arbeiten oder, wie Herr Dr. Baumgartner das in seiner Rede in Bamberg getan hat, sich auf das Jahr 1848 zu beziehen. Was weiß denn unsere Jugend vom Jahr 1848? Wieviele wissen davon überhaupt etwas? Im Jahre 1848 gab es zwei Grundthemen für alle, die damals in Frankfurt waren: Einheit und Frieden!

(Sehr richtig!)

Im Jahre 1848 hat kein Mensch von der Eigenstaatlichkeit Bayerns gesprochen. Damals ging es nur darum: Wie kann man diese sich auseinanderlebenden Staaten wieder zusammenfügen? Um etwas anderes geht es auch

(Dr. Sinnert [FDP])

heute nicht. Es geht nicht darum, einem Großpreußen, diesem furchtbaren Popanz, irgendwie wieder nachzulaufen; denn es ist ja nicht mehr da. Es existiert in keiner Form mehr, aber es ist so schön, draußen im Volk über die Preußen loszuziehen, über diese verfluchten Preußen, die so gerne in das bayerische Oberland kommen und dort ihr Geld los werden dürfen. Das dürfen sie. Da tritt die Bayernpartei für den Fremdenverkehr ein, da sind die Preußen mit ihrem Geld recht, aber sonst will sie natürlich von den Preußen nichts wissen.

Wenn Herr Dr. Baumgartner gewollt hätte, hätte er doch weiß Gott Gelegenheit genug gehabt, solange er verantwortlicher Minister war, solange er Abgeordneter dieses Hauses ist, seine Ansicht zu vertreten. Er, der angestammte Bayer, hat es bis heute noch nicht fertig gebracht, in den Wahlkreis, der ihn in den Landtag entsandt hat, nach Mindelheim, auch nur ein einziges Mal zurückzukehren.

(Zuruf: Er weiß, warum!)

— Ich weiß es auch. Ich glaube, wenn er heute in den schwäbischen Wahlkreis Mindelheim zurückkehrt, der ihn hierhergeschickt hat, er würde sein blaues Wunder dort erleben.

(Zuruf: Weiß-blaues!)

Aber es ist natürlich viel bequemer, mit großartigen Redensarten auf Kundgebungen der Bayernpartei, dieser Sammlung aller Unzufriedenen, nur noch die als Bayern zu zählen, die in Bayern geboren sind. Nun hat man in Kulmbach einen Sachsen, der erst 1945 dorthin gekommen ist, als Vertreter der Bayernpartei zum Stadtrat gewählt. Und da stellt sich dieser Herr hin und sagt: Nach Bonn darf niemand gesandt werden, der nicht in Bayern geboren und in Bayern aufgewachsen ist.

Aber ich glaube, ein klein bißchen Schuld — und vielleicht etwas mehr — darf man in diesem Haus selbst suchen. Wir hätten uns diese Debatte ersparen können, wenn wir uns schon in der Verfassungsgebenden Landesversammlung zur Einheit Deutschlands bekannt hätten und nicht erst heute, wo uns die Not auf den Fingern brennt.

(Beifall.)

Wenn Herr Dr. Baumgartner von der Eigenstaatlichkeit auf allen Gebieten spricht und sich darauf bezieht, daß derselbe Mann, den wir ja in diesem Haus fast ständig vermissen, Herr Dr. Josef Müller, den Staatspräsidenten verhindert hat — glaubt denn Baumgartner und seine Leute, daß ein Staatspräsident die zwingenden politischen und wirtschaftlichen Notwendigkeiten außer acht lassen könnte? Man hat einen Staatspräsidenten in Süd-Württemberg und in Süd-Baden, aber keinem Menschen fällt es dort ein, weder dem Landtag noch dem Staatspräsidenten, etwas gegen die Vereinheitlichung Rumpfdeutschlands zu sagen.

Meine Damen und Herren! Wenn man hier auftritt und über das heutige Deutschland spricht, dann müßte man über den Kampf um Berlin und in der Ostzone reden. Das wäre ein Thema für einen deutschen Mann!

(Beifall.)

Es ist aber kein Thema, von der Eigenstaatlichkeit Bayerns und von der Heimattreue der Bayern zu reden.

Ich bin so heimattreu wie Herr Baumgartner; ich habe das in meinem Frankenland bewiesen. Keiner von uns Franken denkt daran, sich von Bayern zu trennen. Wir könnten auch zurückgehen in der Geschichte und sagen: Noch im Jahre 1823 hat man in Franken gegen Bayern revoltiert, noch 1848 gab es Stimmen, die eine Eigenstaatlichkeit Frankens verlangten. Darüber lachen wir heute. Und hat man denn ganz vergessen, was für Worte der Ministerpräsident in diesem Haus über den Anteil Bayerns an der Rheinpfalz gefunden hat, die wir nicht ganz vergessen wollen, wenn auch wahrscheinlich kein politisches Geschick und keine politische Macht uns dieses Land zurückgeben werden? Das sind auch Bayern, die zu uns gehören. Das braucht man da drüben nicht zu erwähnen. Da drüben kann man mit der Bayernpartei keine Agitation machen, und Agitation ist einfach alles, nicht politische Weisheit, nicht politisches Geschick, nicht politisches Können, sondern reine Agitation, nur Spekulation auf die Unwissenheit und die Unzufriedenheit der Menschen.

Meine Damen und Herren! Wir befinden uns nach meiner Ansicht wirklich in einer politischen Entscheidungsstunde nicht in Bayern allein, sondern in ganz Deutschland. Glauben Sie mir, man hört im Osten drüben, wenn es auch fast verboten ist, am Sender, was in den deutschen Ländern geschieht, die mehr Freiheit als die Ostzone haben! Es war immer schon meine Ansicht, wir im Westen und Süden müßten uns zusammenfinden, um das Schwergewicht zu bilden, an das sich einst angliedert, was im Osten mit seinem ganzen Herzen und Sehnen wieder zu einem einigen Deutschland drängt. Da würde kein Mensch von Großpreußen sprechen, keiner kennt etwas anderes als nur eins: Wie kommen wir zusammen mit unseren deutschen Brüdern?

Es ist kein gutes Zeichen, wenn nun wiederum die Presse — ich muß mir dieses Wort erlauben — aus der heutigen Sitzung eine Sensation und Reklame für Herrn Baumgartner macht. Sie trägt dann mit die Schuld, wenn Dinge, die in diesem Haus gar nicht das politische Gewicht haben, allzusehr hervortreten.

Wenn man die Kreistags- und Stadtratswahlen als entscheidend betrachten und zur Grundlage nehmen würde, was geschähe dann mit den 14 Prozent, die auf die Flüchtlinge und Ausgewiesenen entfallen, und mit den 12 Prozent, die auf parteilose Listen entfallen sind? Wir Freien Demokraten haben schon seinerzeit, als in diesem Haus über die gleiche Frage gesprochen wurde, den Standpunkt vertreten, daß wir derartige lokale Wahlen unmöglich als Ausdruck des politischen Denkens des Volkes gelten lassen können. Das hat sich in jeder Gemeinde, sogar in der Großstadt München, gezeigt. Auch da ist zum großen Teil nicht nach politischen Gesichtspunkten gewählt worden, sondern es haben andere Gesichtspunkte mitgewirkt. Sie zur Grundlage zu machen, ist auch eine der Tendenzen, die wir schon im Nationalsozialismus kennengelernt haben. Die Nationalsozialisten haben immer gesagt: Wir sind die einzigen echten Deutschen. Genau so ist es heute, nur heißt es nicht „Deutsche“, sondern „Bayern“.

Wir müssen uns wundern, daß von der Christlich-Sozialen Union, dieser Riesenfraktion des Hauses, sich heute niemand zum Wort gemeldet hat, obwohl sie doch im Haus bestimmend ist.

(Zurufe.)

Präsident: Es ist Ihnen ein Irrtum unterlaufen, die Redner sind gemeldet.

(Kaiser: Wir sind höflich!)

Dr. Sinnerf (FDP): Wir haben es schon erlebt, daß die CSU in großen Fragen geschwiegen hat. Es war nicht mein Ehrgeiz, als Vertreter einer kleinen Fraktion zuerst zu sprechen. Es war immer üblich, daß der Präsident, die Rednerfolge bestimmt.

(Zuruf: Nicht mehr! Es geht nach den Wortmeldungen!)

— Gut! Dann erwarte ich von dieser Seite des Hauses eine glatte und reine Scheidung von der Bayernpartei, ein klares Bekenntnis zu dem, was Herr Baumgartner vergessen hat, aber unsere Verfassung sagt. Sie wissen, wir Freien Demokraten haben dafür gekämpft, daß an der Spitze der Verfassung steht: Bayern ist ein Glied Deutschlands, und wird sich einem deutschen demokratischen Bundesstaat anschließen.

Dieser Fassung hat Herr Dr. Baumgartner zugestimmt. Er hat also kein moralisches Recht, davon abzurücken. Heute ist es natürlich viel bequemer und leichter, den unwissenden Menschen draußen, den Massen, zu sagen: Wir wollen die Eigenstaatlichkeit Bayerns! Dabei haben wir doch in den letzten zwei oder drei Jahren erlebt, was es heißt, wenn Bayern eigenstaatlich sein will. Es war doch gerade die Führung Dr. Baumgartners als Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten, die uns beinahe an den Rand des Hungers gebracht hat,

(sehr richtig!)

als er kein Verständnis dafür hatte, daß der eine geben und der andere nehmen, der eine nehmen und der andere geben muß, daß wir heute in einem Land, das sich seit dem Deutschen Zollverein, also seit mehr als 100 Jahren, zu einem wirtschaftlichen Einheitsgebilde zusammengeschlossen hat, nicht die Zäsur einer Eigenstaatlichkeit anbringen können. Wir haben es in den letzten drei Jahren erlebt: Jede Stadt sperrte sich ab, jeder Landkreis, jedes Land, jede Zone sperrte sich ab. Und alles schrie dann später: Macht die Grenzen auf! Es handelt sich heute gar nicht mehr darum, daß wir die Länder- und Zonen-grenzen in Deutschland aufmachen! Wir müssen weit darüber hinaussehen!

(Beifall.)

Wir müssen dorthin sehen, wo kein Mensch etwas von der Bayernpartei weiß. Macht auf die Grenzen, macht auf die Tore für ein einigtes Europa und die ganze Welt!

(Beifall bei der FDP und SPD.)

Präsident: Der Herr Abgeordnete Piechl hat das Wort.

Piechl (CSU): Meine Damen und Herren! Ich verstehe diese große Aufregung nicht; denn ich sage mir: Wenn einer ein neues Geschäft aufmacht, muß er mehr Reklame machen als der Mann, der ein altes Geschäft hat.

(Heiterkeit.)

Infolgedessen verstehe ich ganz gut, daß man auch hier einmal den Landtag benutzt hat, um der Welt zu zeigen, daß man auch mit von der Partie ist. Ich fühle mich genau so als heimattreuer Bayer wie unser ehemaliger Partei-

kollege Dr. Baumgartner. An unserer Bayerntreue braucht bestimmt niemand zu zweifeln. Es kommt nur darauf an, in welcher Weise man sie zur Geltung bringen will. Es kommt nicht darauf an, ob die weiß-blaue Fahne einen Meter höher oder tiefer hängt. Ich möchte die Geister rufen, die schon in der Vergangenheit die Bayerntreue hochgehalten haben und die auf beiden Seiten des Hauses anzutreffen waren. Schon vor 1914 haben in der Zentrumspartei, im Bauernbund und in der Sozialdemokratie Leute gefessen, die den Gedanken des föderalistischen Deutschland hochgehalten haben.

(Zuruf von der SPD: Vollmar!)

— Es ist nicht notwendig, Namen zu nennen. Wenn wir die Namen Orterer, Eisenberger, von Vollmar zitieren, sind die Spitzen dieser Bestrebungen getroffen.

Wenn man uns vorwirft, daß wir gegen Preußen sind, so muß ich dazu sagen: Der preußische Staat als solcher ist zwar zerfallen, der preußische Geist aber ist da und dort noch vorhanden. Ob man das, was in Frankfurt geschieht, als preußischen Geist bezeichnen soll, möchte ich bezweifeln, jedoch sind auf alle Fälle unitaristische Tendenzen in Frankfurt anzutreffen. Herr Kollege Dr. Baumgartner hat Gelegenheit gehabt, gegen diese Frankfurter Tendenzen zu kämpfen; wenn er damals in Frankfurt rücksichtsloser diese Tendenzen bekämpft und weniger hier im Lande Propaganda gemacht hätte, so wäre manches leichter gewesen.

(Hört, hört!)

Die 12 Jahre, die wir hinter uns haben, sind bei unseren Leuten, die hier sitzen, bestimmt noch nicht in Vergessenheit geraten. Wenn wir uns jetzt in diesem Forum gegenseitig bekämpfen, besorgen wir die Geschäfte unserer gemeinsamen Gegner. Wenn wir das nicht begreifen wollen, werden wir im Laufe der Zeit bestimmt durch andere Vorkommnisse darauf hingewiesen werden. Ich glaube, wir sind uns alle einig in dem Gedanken: Wir wollen ein föderalistisch gestaltetes Reich; wir sind weder partikularistisch noch separatistisch. Infolgedessen glaube ich: die Gegensätze, die hier aufgerissen werden, hätten absolut nicht aufgerissen werden sollen. Will man aber der Propaganda, der Reklame, dienen, dann wird man sich auch solcher Mittel bedienen. Ich weise das für mich und meine Fraktion zurück; wir haben das nicht notwendig. Wir brauchen bloß etwas aus dem amtlichen Material vorzutragen. Dr. Baumgartner hat einmal erklärt, wir seien nicht dafür, daß diejenigen Leute, die in ihre Heimat zurückkehren können, dorthin zurückkehren. Ich erinnere an die Beilage 355, die lautet:

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung sei zu ersuchen, alle Personen, welche am 1. August 1939 ihren Wohnsitz außerhalb Bayerns hatten, zur Zeit in Bayern nicht in lebenswichtiger Stellung beschäftigt werden und nachweisbar zurückkehren können, jedoch aus undurchsichtigen Gründen nicht zurückkehren wollen, umgehend zurückzuführen.

München, den 22. Mai 1947.

Hahn Hans, Zehner.

Also schon damals, als Baumgartner noch nicht bei der Bayernpartei war, als die Bayernpartei noch nicht existierte, schon damals haben wir uns mit diesem Problem befaßt.

(Piechl [CSU])

Wir wenden uns, zusammen mit allen Föderalisten gegen eine Staatsgestaltung, die sich an Weimar anlehnt,

(sehr richtig!)

und zwar deshalb, weil unser Staat von unten nach oben und nicht von oben nach unten, wie das in Weimar der Fall gewesen ist, aufgebaut werden soll. Die damalige Reichsregiernde und die damaligen Reichsstellen, die so viele Rechte genommen haben, sind der Grund, daß heute in weiten Kreisen der CSU bis hinein in die Sozialdemokratie eine gewisse Furcht vor Bestrebungen herrscht, die wieder den Unitarismus aufrichten wollen. Glauben Sie ja nicht, daß die Unitaristen alle gestorben sind! Sie leben noch quatschvergnügt und sind daran, da und dort wieder Breschen in die föderalistische Struktur zu schlagen. Es ist von einem Redner erwähnt worden, daß die Preußen recht sind, wenn sie in unsere Gebirgsorte kommen. Ich unterscheide zwei Sorten von Preußen. Ich unterscheide Preußen, die wir als angenehme Menschen betrachten, und solche, die sich bei uns etwas aufgeregt und unangenehm benehmen. Deshalb verurteilen wir aber nicht gleich den ganzen Stamm, sondern nehmen uns diese Leute einzeln vor. Wenn bestimmte Leute bei uns Minderwertigkeitskomplexe haben und sagen: Die Preußen sind heller, können schneller sprechen, sind geschickter usw., so sage ich ihnen: Aber die besten Demokraten sind sie nicht; denn wir hatten schon 1818 eine Verfassung; die Preußen aber haben unter ihrem Dreiklassenwahlrecht noch hundert Jahre bis 1918 weitergelebt. Es ist also erwiesen, daß wir Wilden bessere Leute sind als diejenigen, die den großen Geist und die Fertigkeit in Erbpacht genommen zu haben glauben.

Dann noch etwas: Wir sprechen viel von den Vereinigten Staaten von Europa. Das ist richtig und gut, aber so, wie die Situation jetzt aussieht, sind wir immer die letzten. Infolgedessen ist heute bei uns die Geneigtheit für die Vereinigten Staaten von Europa da und dort nicht so groß, wie wir es eigentlich wünschen möchten.

Daß wir 1948 nicht weitermachen können, wo wir 1933 aufgehört haben, wissen wir ganz genau. Daß solche Vorkommnisse, wie sie sich heute hier abgespielt haben, nicht dazu beitragen, das Ansehen des Parlaments und das Ansehen Bayerns zu heben, ist ohne weiteres erklärlich. Denn wenn ich schon mit Brachialgewalt hier eintrete, wenn ich schon Krach von hinten her inszeniere, dann fühle ich mich wahrscheinlich zu schwach, vorne allein zu sprechen.

Präsident: Herr Abgeordneter, Sie müssen sich etwas vorsichtiger ausdrücken,

(Heiterkeit)

damit es kein Mißverständnis gibt. Sie sind ein guter Redner, aber der Krach von hinten kann Ihnen falsch ausgelegt werden.

(Heiterkeit.)

Piechl (CSU): Ich meine es nicht so, wie der Herr Präsident. Wenn Herr Baumgartner, der landauf und landab die CSU, SPD und die anderen Parteien beschimpft, hier ganz allein auf weiter Flur sitzt und mit drohenden Blicken links und rechts empfangen wird, ist es ganz klar, daß er eine Leibgarde nach Art des

Januschauers mitbringt. Damals hat es geheißt: Ein Leutnant mit 10 Mann erscheint; hier erscheint einer mit 15 oder 20 Mann. Lassen wir solche Methoden bei uns im Landtag nicht einreißen! Der Herr Präsident hat durchgegriffen und eine ungewohnte Energie entwickelt, die ich manchmal vermisse; heute aber hat er die Probe aufs Exempel gemacht und war energisch, ohne einen roten Kopf zu bekommen. Das möchte ich besonders begrüßen!

Aber, meine Damen und Herren, wir sollten derartige Vorkommnisse nicht zu Staatsaktionen erheben, sondern erkennen: Es ist einer gekommen, der reden wollte, aber seine Rede abgelesen hat, einer, der sich vereinsamt fühlt und infolgedessen eine Leibgarde mitgebracht hat.

(Beifall bei der CSU.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Dr. Kroll.

Dr. Kroll (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Um jedem Mißverständnis vorzubeugen, möchte ich Ihnen bekanntgeben, was ich gestern meiner Fraktion in der Fraktionsitzung sagte. Ich bin nicht Flüchtling nach dem Flüchtlingsgesetz und ich habe keinen Flüchtlingspaß, ich erhebe nicht Anspruch auf etwas, was mir gesetzlich nicht zusteht, aber ich darf ein paar Worte der Aufklärung dazufügen. Ich bin von Geburt Schlesier und bis 1930 in Breslau ansässig gewesen. Zum Studium bin ich nach Wien und Berlin gegangen und im Jahre 1933 mitten im Studium vom Nationalsozialismus in Berlin überrascht worden. Nachdem ich 1934 doktorierte und anschließend von der Berliner Universität für die wissenschaftliche Laufbahn vorgeschlagen wurde, war ich zur Vertiefung meiner wissenschaftlichen Ausbildung zunächst im Institut für Konjunkturforschung tätig, ging aber, weil ich mit bestimmten Methoden der Propaganda dieses Institutes nicht einverstanden war, als Volontär in die Industrie. Ich mußte mich dann in Berlin als Statistiker durchschlagen und aus politischen Gründen auf meine Habilitation verzichten. Mein Elternhaus stand bis zum Schluß in Schlesien. Meine Mutter kam, als sie mit 70 Jahren ausgewiesen wurde, zu meiner Frau und meinen Kindern nach Großenhain/Sa., in jenen schmalen Korridor, der von den immer dichter aufschließenden Armeen der Sowjetunion und der Vereinigten Staaten von Amerika eingegrenzt wurde. Als Großenhain von der deutschen Wehrmacht geräumt wurde, habe ich mit meiner Mutter das Flüchtlingschicksal erfahren wie jeder andere auch. Mein Stiefvater, der politisch völlig unbescholten war, ist von den Russen verschleppt worden. Ich stelle Ihnen anheim und überlasse es Ihrem Urteil, ob das ein Flüchtlingschicksal ist oder nicht.

Noch etwas darf ich hinzufügen. Wenn heute von den Gebieten gesprochen wird, die vielleicht in irgendeinem Sinn von einem Flüchtling politisch zu vertreten sind, nämlich von den Gebieten östlich der Oder-Neiße-Grenze, dann darf ich immer noch den Anspruch erheben, daß ich es als Schlesier sehr wohl tun kann. Ich habe niemals auf meine schlesische Zugehörigkeit verzichtet, so wenig wie ein Schlesier auf sein Heimatland je verzichten wird. Ich glaube, man sagt den Schlesiern ein besonders tief empfundenenes Heimatgefühl nach und es ist noch keiner gesteinigt worden, der, ohne irgendeinen Anstoß zu geben, zum Zwecke des Studiums an einer deutschen Universität

(Dr. Kroll (CSU))

Schlesien verlassen hat. Das Flüchtlingsgesetz kann derartige Fälle nicht berücksichtigen und will sie nicht berücksichtigen.

(Weidner: Ich habe mich nicht gegen Sie gemeldet!)

— Aber Herr Weidner! Wir haben zum Teil gemeinsam in dem gleichen Dorf gelebt!

(Hört, hört!)

Es handelt sich ja nicht darum, ein Flüchtlingsgeschick hier zu präsentieren und darüber eine Erklärung abzugeben, sondern festzustellen, ob und wann jemand in der Lage ist, für die Ostgebiete aus innerstem Herzen ein Wort mitzureden.

(Sehr richtig!)

Es kommt jetzt wohl auf das eine an, daß wir weder einverstanden sind noch sein können mit der Form, wie diese Massenausweisung der Schlesier und Sudetendeutschen stattgefunden hat, daß sie ein völkerrechtliches Unrecht darstellt, daß wir uns mit dem Schicksal dieser 15 Millionen Ausgewiesenen niemals einfach abfinden können. Darauf kommt es jetzt in allererster Linie bei all den Fragen an, die in einem Grundgesetz verankert werden.

(Zuruf: Da kann man die Flüchtlinge zur Mitarbeit heranziehen und das tut die CSU nicht! —

Das steht nicht zur Debatte!)

Ich persönlich habe keinen Anspruch erhoben und kein Wort geredet, um diese Berufung zu erhalten. Aber ich darf etwas sagen: Ich fühle mich auch heute noch als Schlesier, so wie sich ein Bayer, der meinewegen in das Finanzministerium nach Berlin abgeordnet war und jetzt zurückkehrt, als Bayer fühlt; so fühle ich mich selbstverständlich als Schlesier.

(Weidner: Darum handelt es sich nicht!)

— Es handelt sich sehr wohl um diese Dinge; denn nur jemand, dessen Heimat drüben steht, wird in der Lage sein, das Schicksal dieser Gebiete zu vertreten. Ich bedauere, daß diese Dinge überhaupt in einer solchen Weise besprochen worden sind, und ich möchte eines sagen: Wir sind der Meinung — und dem darf ich abschließend Ausdruck geben —, daß wir alle in dieser Lage dafür einzutreten haben, daß das Recht, das ein Land braucht, um leben zu können, ihm auch wirklich gegeben wird. Dieser gemeinsame Kampf muß von uns allen ausgefochten werden. Wir wissen, das glaube ich doch wohl mit vollem Bewußtsein sagen zu müssen, daß diese Ausweisung nicht nur nicht notwendig gewesen wäre, sondern, daß sie letzten Endes vom Osten her zu Agitationszwecken geplant wurde, um im Westen ein Massenelend zu erzeugen und unerträgliche politische Spannungen zwischen Einheimischen und Flüchtlingen heraufzubeschwören. Wir sind gerufen, diese Spannungen auszugleichen und alles zu tun, was in dieser Richtung getan werden kann. So viel wäre hier über meine Person und meine Einstellung zum Flüchtlingsproblem zu sagen. Ich glaube, daß damit im großen und ganzen eine Orientierung über meine Person gegeben ist.

(Beifall bei der CSU.)

Präsident: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Noske.

Noske (DB): Meine Damen und Herren! Ich freue mich, daß ich gleich anschließend an Herrn Dr. Kroll noch kurz zu Wort kommen darf. Es handelt sich um die Delegation derjenigen Personen in den Parlamentarischen Rat, die aus dem Neubürgerkreis kommen. Bei all den vorausgegangenen Verhandlungen hat anerkanntermaßen immer der Grundsatz eine wichtige Rolle gespielt: Das ganze Deutschland soll es sein! Die Tür steht weit offen und die Arbeit soll so zurecht gebaut werden, daß niemals irgendwie ein Hindernis erkennbar wäre, wenn wir die Vereinigung des ganzen deutschen Gebietes, des ganzen deutschen Volkes ermöglichen.

Aus diesem Grunde hätte ich mich als Sprecher des Deutschen Blocks, aber vor allen Dingen auch als Flüchtling sehr gefreut, wenn man nicht allzu stark mit dem Rechenstift errechnet hätte, wieviel man nun nach der Verteilung und den sonstigen Ziffern dahin entsenden kann. Ich habe mich aber ebenso gewundert — und ich glaube, hier liegt nur ein kleiner Verkehrsunfall vor —, daß man nicht auch jemand dorthin vorgeschlagen hat, der aus der Gruppe der Sudetendeutschen kommt, da diese Gruppe ja hier in Bayern mit die stärkste unter den Ausgewiesenen ist. Wie gesagt, ich glaube, das ist vielleicht nur irgendein Verkehrsunfall, der sich noch irgendwie in Ordnung bringen lassen wird. Ich spreche ja nicht für meine eigene Angelegenheit, da der Deutsche Block zu der Gruppe gehört, die dabei nicht zählt und nicht zählen darf. Aber um der Gerechtigkeit willen möchte ich doch vorschlagen und bitten, vielleicht noch einmal zu überlegen, ob nicht bei einem Viertel der Bevölkerung — zwölf geteilt durch vier ist drei — doch noch jemand dahin entsandt werden kann. Bedenken Sie auch die Geste, die eine solche Angelegenheit nach außen hin in einem Augenblick bedeutet, da die Ausgewiesenen sich in der furchtbaren und katastrophalen Lage nach der Währungsreform befinden. Ich glaube, sie werden es sehr gut verstehen, wenn man sie bei dieser immerhin so außergewöhnlich wichtigen Angelegenheit doch in der richtigen Weise behandelt und mit bei der Bildung all dessen einspannt, was zu einem gesamtdeutschen Haus führen soll.

(Beifall beim DB.)

I. Vizepräsident: Ich erteile das Wort dem Herrn Abgeordneten Dr. Josef Müller.

Dr. Müller (CSU): Hohes Haus, meine Damen und Herren! Ich habe mich zunächst persönlich zu entschuldigen, daß ich nicht da war, und bitte auch den Herrn Abgeordneten Dr. Sinnert, mir Pardon zu erteilen.

(Dr. Sinnert: Wird genehmigt!)

Ich habe heute an einer Gerichtsverhandlung teilnehmen müssen, in der ich selbst Nebenkläger war, die auch für das, was Sie gleichzeitig hier in diesem Hause erlebt haben, außerordentlich instruktiv war. Ich hatte mich veranlaßt gesehen, die Strafverfolgung gegen einen jungen Propagandisten der Bayernpartei, Gafner, einzuleiten, der in mehreren Versammlungen genau so wie der zweite Vorsitzende der Bayernpartei die Behauptung aufgestellt hatte, ich sei so abhängig von den Russen, daß ich ein Befehlsempfänger von Karlshorst sei.

(Bfuiruf bei der CSU.)

Es ist selbstverständlich, daß kein deutscher Politiker einen solchen Vorwurf auf sich sitzen lassen kann.

(Sehr richtig!)

(Dr. Müller [CSU])

Ein Mann, der sich verpflichtet fühlt, als Deutscher die Rechte des deutschen Volkes gegenüber jeder Besatzungsmacht wahrzunehmen, ist damit noch nicht Freiwillig geworden für irgendeine Partei des Radikalismus und für einzelne, die mit alten Methoden eine Politik für eine neue radikale Zukunft gestalten wollen.

(Sehr richtig!)

Wenn mit diesen Methoden nicht Schluß gemacht wird, dann werden wir es erleben, daß unser Volk noch einmal die alten Erlebnisse machen muß.

(Sehr gut!)

So wie hier, war heute auch in Landsbut im Gerichtssaal offenkundig kommandomäßig die Bayernpartei in großer Zahl angetreten und man versuchte durch Zwischenrufe usw. das Gericht unter Druck zu halten,

(hört, hört!)

genau wie anno dazumal, als man es einem Mann wie Dr. Stresemann und anderen Männern unmöglich machen wollte, für das deutsche Volk eine klare Politik zu steuern. Es ist selbstverständlich, daß einer, der in Ruhe die Rechte des Volkes wahrnehmen will, nicht in großen propagandistischen Versammlungen darüber reden und nicht alles, was er gesprochen hat, jedem einzelnen aus dem Volk wiederholen kann.

Ich habe es als besondere Beleidigung empfunden, daß man mir diese Vorwürfe gemacht hat, obwohl ich fast bei allen Besprechungen auch Freunde aus Bayern oder Freunde aus der CDU der russischen Zone dabei hatte. Ich habe fast niemals die Gelegenheit versäumt, mich für die deutschen Kriegsgefangenen einzusetzen. Gerade deswegen, weil ich selbst mit Angehörigen des russischen Volkes im RZ beisammen war, habe ich geglaubt, dieses Argument besonders herausstellen zu müssen, um diesen Ärmsten der Armen, die sich ja nicht selbst helfen können, zu helfen.

(Lebhafter Beifall.)

Wenn es so weiter geht und wenn jeder rufen kann: „Der Mann ist zum Befehlsempfang in Karlsdorf“ oder „er ist zum Befehlsempfang in Rom“ — vielleicht sagt man „beim Papst“, vielleicht sagt man jetzt auch „bei de Gasperi“ —, dann warten Sie, ob jemand eine deutsche Außenpolitik einmal gestalten kann; es geht genau so wie anno dazumal, daß der beste Wille damit belohnt wird, daß man einen Mann nur deswegen zum Schweinehund macht, weil er seine Pflicht für sein Volk tut.

(Sehr richtig!)

Wir haben die Verpflichtung, diesem deutschen Volk zu helfen, und zwar sage ich, auch als Bayern dem deutschen Volk in dieser Not beizustehen, auch als Bayern!

(Sehr richtig!)

Wenn wir Bayern das nicht tun dürfen — und das war einer der Gründe, warum ich als einer der ersten aus Bayern immer in die russische Zone nach Berlin zu meinen Freunden von der CDU gegangen bin —, wenn wir Bayern nicht gerade stehen, wird man uns in der Geschichte einmal verdammen.

(Sehr richtig!)

Wir können nicht zulassen, daß uns Bayern einmal der Vorwurf gemacht wird, daß wir aus Egoismus heraus

unsere Pflicht versäumt haben und den Männern und Frauen in Berlin oder in der russischen Zone in der Stunde ihrer geistigen und materiellen Not nicht als Kameraden an der Seite gestanden sind.

(Lebhaftes Sehr richtig!)

Mag einer damit Parteigeschäfte machen, mag Herr Baumgartner damit glücklich werden, wenn er radikale Elemente gewinnt, es wird sich an ihm selbst rächen. Wir aber werden dafür sorgen, daß nicht das deutsche Volk darunter leiden wird. Als ich heute die Vorfälle in Landsbut erlebte, ist mir die Verpflichtung noch klarer geworden, gegen den Radikalismus der Bayernpartei Front zu machen.

(Lebhafte Zustimmung und Händeklatschen.)

Das, was hier gezeigt wird, hohes Haus, ist nicht mehr die Kundgebung des edlen Heimatgefühls. Hier wird das edle Gefühl nur ausgenützt zu übelster Hez, zu übelster Parteilicheit, zu übelstem Parteiegoismus. Es gibt nichts Gemeineres, als ein edles, anständiges Gefühl im Menschen und in einem Volk für den Parteiegoismus auszuwerten.

(Sehr richtig!)

Wir wissen alle, welche Elemente sich allmählich in dieser Partei gesammelt haben. Wir wissen aus den Gemeindevahlen, welche Leute dort aufgetreten sind. Wenn ich von mir selbst reden darf: Als ich damals in Berlin vom Wehrmachtsunterstützungsgefängnis in das Kellergesängnis der Gestapo überführt worden war und dort das Schwerste zu erdulden hatte, hat der SD in meine Anwaltskanzlei in München ein SD-Büro gelegt. Man hat einen Mann mit dem Namen Dr. Erich Müller hineingesetzt, der sich am Telefon als Dr. Müller meldete; man hoffte auf diese Weise noch Menschen zu bekommen, die mit dem 20. Juli zusammenhängen; weil die Männer des 20. Juli meine Freunde waren. Ein Mann, der damals die Gesellschaftspionage in Händen hatte und den ganzen Katalog führte, ein Mann, der meiner Frau, die vorher selbst verhaftet war, als sie hinkam, um irgendwie zu hören, wo ich denn sei, weil sie von mir keine Nachricht mehr bekommen durfte, entgegen trat und sagte: „Ich lese Nietzsche, ich bin Nietzscheaner und kein Christ“, dieser Mann ist heute von der Bayernpartei vorgeschlagener und gewählter Landrat.

(Hört, hört!)

Wenn wir so erleben, wie die radikalen Elemente sich auf diese Weise aus dem Heimatdenken heraus eine radikal-materialistische Rechtspartei schaffen, dann, meine lieben Freunde, sage ich: Dieser Feind von Rechts wird genau so bekämpft wie der Radikalismus von links her.

(Lebhafte Bravo-Rufe.)

Beide radikale Seiten müssen von uns allen — und insofern sind wir alle Mitte — niedergekämpft werden, wenn nicht unser Volk darunter leiden soll, daß wir in dieser Stunde keine starken Männer waren. Die Demokratie geht zugrunde, wenn nicht starke Männer willens sind, als Demokraten die Demokratie mit ihrem Leben zu verteidigen,

(sehr gut!)

auch auf die Gefahr hin, daß ein Narr dann zu knallen anfangen wird.

Der Angeklagte von heute hat zu dem Vorwurf noch dazu gesagt: „Und wer in Bayern mit dem Kommunismus

(Dr. Müller [CSU])

paktiert, den holt der Teufel und den soll der Teufel holen!“ Ich habe die Kostproben gehabt durch Drohbriefe, die gekommen sind, Drohbriefe, die ich nicht so ernst nehme; ich glaube, dafür bin ich bekannt, daß ich einen breiten Buckel habe und daß ich nur lache, wenn einer schreibt: „Ochsenjapp, Du sündigst auf Dein dickes Fell, aber Dein Fell ist nicht so dick, daß nicht eine Kugel durchgeht!“ Einen solchen Brief räume ich weg, damit ihn meine Frau nicht sieht, im übrigen läßt er mich kalt. Dazu habe ich zuviel mitgemacht, als daß mir einer mit solchen Drohungen imponieren könnte. Wenn aber unter einem ähnlichen Brief der wohlklingende Name einer Frau steht, dann greift man sich an den Kopf und sagt: Sollte die alte Narretei wieder losgehen? Das einzelne Menschenleben bedeutet nicht viel. Wenn einer sein Leben in der Arbeit und im Kampf für sein Volk verliert, in der Arbeit und im Kampf für die christliche Weltanschauung, wie es bei mir der Fall ist, dann, meine lieben Freunde, hat dieses Leben einen Sinn gehabt.

(Lebhafte Zustimmung.)

Es ist viel besser, man verliert das Leben so, als man siecht einmal an Überarbeitung dahin. So tragisch — rein persönlich — nehme ich das nicht. Aber tragisch ist es, wenn diese Vorgänge eine Repetition der Zeit vor 1933 bedeuten.

(Sehr richtig!)

Wir alle wollen uns versprechen, daß wir in dieser Hinsicht wach sind und zusammenhelfen, um diese Elemente aus unserer Demokratie hinauszubringen. Vielleicht wäre man — ich habe einmal 1945 den Vorschlag gemacht — damit leichter fertig geworden, wenn man statt einer Revolution mit Paragraphen eine durchgreifende Flurbereinigung vorgenommen hätte.

(Sehr richtig!)

Ich bin so ehrlich, das zu sagen. Es klingt vielleicht nicht schön aus dem Munde eines Christen, aber ich glaube, wenn man die Geschichte ernsthaft studiert, wird man feststellen, daß Völker, die durch einen Reinigungsprozeß durchgegangen sind, meistens gereifter wurden und ihren Start besser vorgetragen und neue Ideen entwickelt haben. So dürfen wir ruhig sagen, daß aus der Revolution von 1918 nicht viel weittragende neue Ideen geboren wurden. Die eigentliche letzte geistige Umwälzung in unserem Volk war die Zeit der Bauernkriege. Völker, die ihre Freiheit im Kampf gewinnen, wissen die Freiheit im allgemeinen auch besser zu schätzen als Völker, die die Freiheit geschenkt bekommen.

(Sehr richtig! — Wimmer: Den Deutschen ist sie in den Schoß gefallen, ohne daß sie etwas getan haben!)

Deswegen werden wir uns, auch wenn uns jetzt die Freiheit gebracht wurde, bemühen, daß wir wenigstens diese Freiheit mit dem Einsatz der Persönlichkeit zu wahren wissen.

Wir hatten das Unglück, daß die Versuche, Hitler zu beseitigen, fehlgeschlagen sind. Wir hatten das Unglück, daß es uns nicht möglich war, diesen Krieg durch einen vernünftigen Friedensschluß, der während des Krieges vorbereitet war, zu beenden. Es war vielleicht eine Fügung des Schicksals, daß wir das alles erleben mußten, um auf diese Weise durch das letzte Erleben vielleicht noch reifer

zu werden für das Begreifen dessen, was wir erlebt haben. Vielleicht kann gerade unser Volk — es ist ja heute bald jeder Deutsche in irgendeinem Gefängnis oder KZ-Lager oder sonstwo gewesen — auf diese Weise durch die innere Reife wirklich die Kraft gewinnen, auch innerhalb Europas eine starke Stütze für die europäische Demokratie zu werden. Wenn da einer anfängt, wie es bei der Bayernpartei der Fall ist, in großen Cirkuskundgebungen davon zu sprechen, daß die Einzelstaaten allein in eine europäische Konföderation hineingehen sollen, wenn man sich dabei an die vage Hoffnung klammert, dies könnte vielleicht durch eine Umstellung innerhalb der Staaten in der Welt draußen begünstigt und vielleicht von französischer Seite aus verlangt werden, wenn man gleichzeitig weiß, daß von dort her bestimmte Fäden geknüpft und vielleicht stark gefestigt werden, dann sagt man: Hoffentlich begehen nicht auch diese Völker die alten Fehler! Denn es wurde schon einmal ein Tyrann von dort her gewonnen und er hat nachher das französische Volk genau so bekämpft wie die anderen Völker. Mögen die Völker alle aus der Geschichte lernen. Wir in Bayern wissen, daß unser Volk ein starkes Heimatgefühl hat. Ob wir in Franken oder in Südbayern geboren sind, wir sind Bayern, auch wenn die Bayernpartei glaubt, sie habe allein den Namen Bayern gepachtet; es gilt für uns alle, die wir hier sind, daß wir genau so gute Bayern sind wie die Leute, die diesen Namen gepachtet haben wollen.

(Zurufe.)

Aber eines wollen wir nicht: Daß Deutschland zerlegt wird und daß es durch die Zerlegung, durch die Separierung an Defensivkraft verliert

(Zuruf von der CSU: und an Kulturkraft!)

und nicht mehr stark genug ist, den Infiltrationsgefahren zu begegnen. Darum ging es mir bereits im Jahre 1945. Ich habe gehört, daß heute das Wort „Donaukonföderation“ dazwischen geworfen wurde, und ich gebe ruhig auch dazu eine Erklärung ab. Als ich damals vom Konzentrationslager aus zuerst nach Capri und dann zweimal nach Rom gebracht wurde und bei Myron Taylor, dem amerikanischen Botschafter, war, da wurde mir vorher von amerikanischer Seite zur Instruktion über das, was vor sich ging, eine Denkschrift in die Hand gedrückt, die von einer bestimmten österreichischen Seite aus, die auch Verbindung mit hier hatte, den Vorschlag machte, Österreich und Bayern südlich der Donau zu einem katholischen Südstaat zusammenzufassen. In der Denkschrift wurde ausdrücklich gesagt, daß das mehr protestantische Franken draußen bleiben sollte, damit die Politik dieses Südstaates nicht gefährdet würde. Ich habe bereits damals Front dagegen gemacht, und die Auffassung vertreten, Deutschland ist die Ostfront der westlichen Kulturwelt. Hier in Deutschland ist eine klare Basis für den Begriff der Persönlichkeit da, wie ihn die christliche Kulturidee entwickelt hat und wie er dann in der deutschen Verfassung niedergelegt ist, und dieser Begriff steht gegen kollektives Denken. Ich habe damals aber erklärt, daß es der größte Fehler wäre, Deutschland in Teile aufzulösen, weil dann dieses aufgelöste Deutschland nicht mehr seine Funktion als Ostfront dieser Kulturwelt versehen könnte. Weiter habe ich damals erklärt — es war nämlich seinerzeit die Frage des Morgenthauptplans akut und amerikanische Senatoren waren bei diesen Besprechungen zugegen —, wenn dieser Morgenthauptplan durchgeführt wird, dann wird die Agrarifizierung Deutschlands die Verproletarisierung

(Dr. Müller (CSU))

Deutschlands bedeuten. Ein materiell verproletarisiertes Deutschland ist in Gefahr, geistig zu verproletarisieren, und dieses geistig verproletarisierte Deutschland wird nicht mehr fähig sein, die christliche Kulturwelt innerhalb dieser Regionen zu tragen; denn aus der Not heraus wird der Kollektivismus wachsen, gleichgültig, wie dann sein Vorzeichen sein wird.

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen das deshalb gesagt, weil aus jener Haltung heraus, die Sie kennen, der Vorwurf erhoben wurde, ich selbst oder meine Partei, deren Vorsitzender ich geworden war, würde dem Zentralismus verfallen. Diese von mir vertretenen Ideen sind noch lange keine zentralistischen Ideen,

(sehr richtig!)

und im Anschluß an die Rede des Herrn Baumgartner ist es vielleicht nicht uninteressant, darauf hinzuweisen, daß er voriges Jahr bei der Landesversammlung in Eichstätt, als er noch Mitglied der Christlich-Sozialen Union war und den scharfen Kampf gegen mich führte, die föderalistischen Ideen, wie sie der Herr Ministerpräsident vorgetragen hatte, begrüßt hat und erklärte:

Das soll uns nicht hindern,

— ich bitte, nicht falsch verstanden zu werden —

daß wir alle zusammen hier eine glühende Begeisterung für unser gemeinsames deutsches Vaterland haben.

(Heiterkeit. — Beifall.)

Das war der Baumgartner von gestern; wir hören den Baumgartner von heute; wie wird der Baumgartner von morgen aussehen?

(Beifall bei der CSU.)

Das ist die ernste Frage, die uns beschäftigt. Wenn wir aber für Deutschland eintreten und wenn wir Deutschland helfen, dann meine ich, Herr Kollege Linnert, können Sie es mir verzeihen, daß ich gelegentlich hier im Hause fehle und mich zu Besprechungen mit Leuten von christlichen Parteien im Ausland aufhalte, um die Möglichkeiten wahrzunehmen, die mir auf Grund dieser Position, aber auch auf Grund der Tatsache gegeben sind, daß ich während des Krieges als Vertreter der militärischen Opposition für das deutsche Volk Friedensverhandlungen geführt habe. Wenn ich dort die Gelegenheit wahrnehme, um das Verständnis der Völker für unsere Lage zu wecken und dafür zu sorgen, daß möglichst bald die Grenzen innerhalb Europas überwunden werden, dann geht das vielleicht doch der Verpflichtung der Teilnahme an den Sitzungen des hohen Hauses in manchen Punkten vor.

(Dr. Linnert: Seien Sie doch froh, daß wir Sie vermisst haben! — Heiterkeit.)

Aber in entscheidenden Momenten werde ich bestimmt bei Ihnen sein. Wenn Sie aber heute im Ausland für das deutsche Volk arbeiten und das Wort „Bayern“ fällt, dann begegnen Sie oft nicht dem richtigen Verständnis für die bayerische Situation.

Meine Damen und Herren, die Zirkusvorstellungen und andere große Deklarationen, die dann von Leuten der Bayernpartei ins Ausland versandt werden, bringen die große Gefahr mit sich, daß man draußen Bayern bald nicht mehr ernst nimmt. Zumal heute, wo das Ausland mit der gleichen Sorge wie wir nach Berlin blickt,

hat man dort kein Verständnis mehr dafür, wenn in Bayern Kirchturnideologen solches geistiges Gewächs ins Ausland verschicken.

(Sehr richtig!)

Die Leute, die sich den Namen „Bayern“ für ihre Partei zu eigen gemacht haben, schaden dem bayerischen Volk durch solche Kundgebungen eines Willens, der nicht der Wille des bayerischen Volkes in seiner übergroßen Mehrheit ist.

(Sehr richtig! — Lebhafter Beifall.)

Wenn nicht die Radikalinstis, wenn nicht die Flüsterpropaganda der alten Naziaktivisten dafür gesorgt hätte, wären diese Bayernparteilern nie so groß geworden, wie sie es jetzt vordemonstrieren,

(sehr richtig!)

und deswegen dürfen sie auch nicht anerkannt werden als Männer, die berechtigt sind, im Ausland eine Visitenkarte für Bayern abzugeben;

(sehr gut!)

denn eine beschmutzte Visitenkarte wollen wir für ein armes Bayern und ein armes Deutschland noch lange nicht abgeben. Leute, die die Ehre und die Anständigkeit nicht anerkennen, haben keine saubere Visitenkarte.

(Sehr richtig!)

Wir wollen von Bayern aus dadurch ein festes Fundament schaffen, daß wir die bayerische Wirtschaft in Ordnung bringen und halten. Es wird nicht leicht sein. Wir haben uns schon gelegentlich darüber unterhalten. Nachdem die Nahrungsmittelforgen jetzt vorüber sind, werden wir in absehbarer Zeit vor ganz anderen Sorgen stehen, die Ihnen genau so bekannt sind wie mir. Denken Sie nur an die beginnende Arbeitslosigkeit und all diese Probleme. Wir werden dafür sorgen müssen, daß in Bayern eine gut fundierte Sozialordnung geschaffen wird. Es hat keinen Sinn, wenn manche Leute träumen, sie könnten noch etwas konservieren, was längst nicht mehr vorhanden ist. Es geht darum, daß wir zusammenstehen, um auf diese Weise dem bayrischen Volk das Bewußtsein der Ordnung im eigenen Hause zu geben. Wenn wir die Ordnung im eigenen Haus in wirtschaftlicher, sozialer und staatlicher Hinsicht geschaffen haben, dann besteht unsere Verpflichtung darin, auch auf die Ordnung im deutschen Hause hinzuwirken. Es wäre falsch zu glauben, daß die deutsche Not allein von einer Zentrale aus bewältigt werden könne. Nur dann, wenn die einzelnen deutschen Länder so viel Recht und so viel Selbstverwaltungsmacht haben, daß sie eine starke Staatspersönlichkeit, aber gleichzeitig auch einen gesunden Sozialkörper entwickeln können, nur dann wird das Ganze durch den Impuls, der aus den einzelnen Ländern heraus kommt, belebt werden. Die Aufgaben, die die einzelnen Länder bewältigen können, müssen ihnen verbleiben. Die Zentrale aber muß die Möglichkeit haben, die Not aus der Zentrale heraus anzufeuern und dort, wo es um des Ganzen willen notwendig ist, gesetzmäßige Regelungen durchzusetzen.

So, wie sich die Parteien jetzt zusammengefunden haben, so, wie jetzt die Pläne ausgearbeitet sind, können wir die Hoffnung haben, daß gerade durch ein vernünftiges Zweikammersystem, wobei die Länder in einer Kammer stark verankert und als Exponenten der Länder die Männer verantwortlich sein müssen, die auch gegen-

(Dr. Müller [CSU])

über dem Volk, gegenüber ihrem Landtag die Verantwortung tragen, eine gesunde, vernünftige Ausgewogenheit zwischen den Interessen des gesamten Volkes und den Interessen der Länder geschaffen wird. So wird auch Deutschland erstarken, um seinen Aufgaben innerhalb der europäischen Völkergemeinschaft und auch innerhalb den Völkern der Welt in einem guten und dauerhaften Weltfrieden gerecht zu werden. Die Kirchturmperspektive der einzelnen Heimatextremisten — wie ich in dem Fall sagen möchte — kann Europa nicht gesund machen. Die ganze europäische Wirtschaft ist ja zerstört. Damit ist vielleicht sogar ein gewisser Druck gegeben, der die Völker Europas zur Vernunft bringen könnte, um jetzt, nach diesem Zusammenbruch, aus der gemeinsamen Not heraus die europäische Konföderation zu schaffen. Ein in kleine Teile aufgelöstes Europa würde nie den Weltfrieden garantieren. Die Arbeit, die wir jetzt hier leisten, die Arbeit, die im Parlamentarischen Rat geleistet werden muß, muß so fundiert werden, daß damit dem Frieden gedient wird, dem Frieden, auf den wir warten und auf den die Welt wartet.

(Lebhafter Beifall.)

Präsident: Es spricht der Herr Staatsminister Dr. Pfeiffer.

Staatsminister Dr. Pfeiffer: Hohes Haus! Nahezu drei Stunden unserer heutigen Sitzung waren einer polemischen Aussprache gewidmet, die einen lebhaften Gedankenaustausch über Dinge brachte, die zum Teil etwas enger, aber vielfach nur lose mit dem Thema unserer heutigen Tagesordnung verbunden waren. Ehe Sie nun zur Abstimmung über die Männer schreiten, die als Männer Ihres Vertrauens am Parlamentarischen Rat in Bonn teilnehmen sollen, ist es mir vielleicht gestattet, vor Ihnen noch einmal kurz die Aufgabe zu umreißen, die diesen Männern gesetzt ist.

Der Herr Ministerpräsident hat in Ausschüssen und Plenarsitzungen des Landtags wiederholt die Zusammenhänge geschildert, die sich seit der Übergabe der sogenannten Frankfurter Dokumente am 1. Juli dieses Jahres ergeben haben. Es sind drei Dokumente, von denen zunächst das dritte in kurzen Umrissen geschildert sein soll. Es ist das Dokument, das die Beziehungen zwischen den Besatzungsmächten und der deutschen Bevölkerung sowie den deutschen Dienststellen regeln soll. Es soll gleichzeitig jene Einzelheiten festlegen, die den Rahmen der deutschen Souveränität in den drei Westzonen einengen und damit den Raum erkennen lassen, innerhalb dessen sich die Ausarbeitung eines Grundgesetzes zu bewegen hat.

Im Dokument 2 erhalten die Ministerpräsidenten die Aufgabe und die Ermächtigung, die Ländergrenzen zu überprüfen und gegebenenfalls Vorschläge für ihre Abänderung zu machen. Das bedeutet, daß das heikle Problem studiert und verbefriedet werden soll, wie man im Deutschland der drei Zonen, die sich zusammenschließen sollen, einen Ausweg findet zwischen dem Bestand von historisch gewachsenen Ländern und von Ländern, die ihre Existenz reiner Willkür und Besatzungsgeometrie verdanken. Wir haben noch Länder, die dadurch zustande gekommen sind, daß die Autobahn quer durch Württemberg-Baden geht. Was südlich von ihr liegt, bildet nur einfach zwei Länder, und was nördlich liegt, ist zusammen geschlossen worden.

Das erste Dokument von Frankfurt setzt den Ministerpräsidenten die Aufgabe, den Zusammentritt einer verfassungsgebenden Versammlung herbeizuführen, welche die Aufgaben haben soll, eine Verfassung für die vereinigten drei Westzonen zu schaffen, die folgenden Grundsätzen entsprechen soll: Sie soll demokratisch sein; sie soll sein eine Verfassung föderalistischen Typs, welche einerseits die Rechte der Länder sichert, andererseits aber eine entsprechende Zentralgewalt schafft; eine Verfassung, welche die Rechte und Pflichten der Einzelpersonen gewährleistet und die nur geändert werden kann, wenn zwei Drittel der Länder der Änderung zustimmen.

Meine Damen und Herren! Mit diesen drei Dokumenten kommt eine ungeheure Umwälzung in unser ganzes staatliches und wirtschaftliches Leben hinein. Es handelt sich darum, daß für ungefähr 50 Millionen Menschen die Rechtsgrundlage geschaffen werden soll, auf der das wirtschaftliche Leben neu und gemeinsam organisiert werden kann, ein wirtschaftliches Leben, bei dem die Währung mit einem Geldumlauf von ungefähr 12 Milliarden Mark zu sichern ist, bei dem sich eine vollkommen neue Struktur ergeben wird für ein Gebiet, das auch wieder in die Weltwirtschaft und den Austausch der Güter in der Welt eingeschaltet werden soll.

Wir haben damit die Aufgabe, einen neuen, einen Rechtsstaat zu errichten, der einen weiteren Schritt auf dem Weg zur Erringung der deutschen Einheit bedeutet. Die Ministerpräsidenten haben darauf hingewiesen, daß zu einem Zeitpunkt, wo die Souveränität des deutschen Volkes so stark eingeschränkt ist, wie es durch das Besatzungsstatut der Fall sein wird, und auch nicht das ganze deutsche Volk zusammengeslossen ist, keine echte Verfassung geschaffen werden kann. Infolgedessen haben sie den Ausdruck „Verfassungsgebende Versammlung“ abgelehnt und als Aufgabe die Schaffung eines Grundgesetzes durch einen Parlamentarischen Rat festgestellt.

In diesem Parlamentarischen Rat entsenden Sie heute die Vertreter Bayerns. Nun kommt es darauf an, welche Rolle die Vertreter Bayerns in diesem Parlamentarischen Rat spielen sollen und welchen Platz sie im Gesamtgefüge für Bayern sichern müssen. Hiezu möchte ich ausdrücklich bemerken: Es gibt bei uns in Bayern bestimmt kein Monopol für die Liebe zu Volk und Heimat.

(Sehr richtig!)

Die Innigkeit der Empfindung durchpult — ich darf wohl sagen — die Gesamtheit unseres Volkes, und niemand kann anerkennen, daß es nur eine einzige Ausprägung der Heimatliebe und der Liebe zu Volk und Volkstum und zum heimischen Staat gibt.

(Sehr richtig!)

Die Wege, auf denen man diesem heimischen Staat nun seinen gebührenden Platz in der Gesamtheit des zu schaffenden Deutschen Bundes sichern wird, und die Methoden, die dabei angewendet werden müssen, ergeben sich aus den einfachen Grundsätzen der Realpolitik.

Meine Damen und Herren! Es handelt sich um einen Parlamentarischen Rat von ungefähr 67 Mitgliedern. Das Endergebnis wird durch zwei Dinge bestimmt werden: durch die Übereinstimmung der beiden größten Parteien und außerdem durch die Übereinstimmung der Regierungen. Wenn man nun in dieses Kräftepiel hineingeht, hat es gar keinen Zweck, sich auf eine blühende

(Staatsminister Dr. Pfeiffer)

Phrasologie zu stützen, sondern man muß bei den Leuten, denen Sie Ihr Vertrauen schenken, die Liebe und Treue zur Heimat als selbstverständlich voraussetzen. Man muß ihnen aber so viel klaren Blick und Verantwortungsgefühl zubilligen können, daß sie das große Gemeinsame, das wir alle miteinander schaffen wollen und müssen, gleichberechtigt neben das setzen, was wir in unserer engeren Heimat verehren, hochhalten und schätzen wollen. Wir Vertreter Bayerns im Parlamentarischen Rat müssen realpolitisch sehen, daß wir uns auch über die gangbaren Wege unter uns verständigen, um einen positiven Beitrag zum Aufbau des neuen Deutschen Bundes zu leisten. Wir können nicht mit Phantasiepolitik an die Dinge herantreten. Die realen Tatsachen zwingen uns zu kühlem Denken und klarem politischen Handeln, und nur dann, wenn wir in diesem Gedanken alle einig sind, werden wir das Vertrauen rechtfertigen können, das Sie im Bayerischen Landtag heute mit der Wahl dieser Vertreter bekräftigen.

(Beifall.)

I. Vizepräsident: Hohes Haus! Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

(Meißner: Zur Geschäftsordnung!)

— Der Herr Abgeordnete Meißner zur Geschäftsordnung!

Meißner (DDB): Ich stelle den Antrag, daß über die einzelnen Personen gesondert abgestimmt wird.

I. Vizepräsident: Meine Damen und Herren! Es ist der Antrag gestellt worden, über die einzelnen Personen getrennt abstimmen zu lassen. Ich hatte vor, die Liste noch einmal vorzulesen und dann insgesamt abstimmen zu lassen.

(Zuruf: Jawohl!)

Ich lasse über diese beiden Vorschläge abstimmen.

Wer dafür ist, daß über die einzelnen Personen einzeln abgestimmt wird, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Bitte die Gegenprobe! — Ich stelle fest, daß die übergroße Mehrheit dafür ist, daß über die ganze Liste insgesamt abgestimmt werden soll.

Ich wiederhole: Dr. Anton Pfeiffer, Dr. Josef Schwalber, Dr. Gerhard Kroll, Dr. Wilhelm Laforet, Dr. Ferdinand Kleindienst, Karl Siegmund Mayr-Fürth, Kaspar Gottfried Schlör, Dr. Kaspar Seibold, Josef Seifried, Jean Stodt, Hansheinz Bauer, Dr. Willibald Mücke, Dr. Thomas Dehler.

Wer für diese eben vorgetragene Liste ist, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. — Ich danke. Ich bitte um die Gegenprobe. — Die Liste ist mit allen gegen sechs Stimmen angenommen.

(Meißner: Ich bitte ums Wort.)

Wollen Sie eine Erklärung abgeben?

(Meißner: Zur Abstimmung!)

Die Abstimmung ist erledigt, Herr Abgeordneter.

(Meißner: Zur Geschäftsordnung! — Zuruf: Bei Meißner fällt der Groschen ein bißchen spät! — Heiterkeit!)

Herr Abgeordneter, ich stelle fest, daß die Abstimmung erledigt ist; wollen Sie noch irgendeine Erklärung abgeben? — Das ist nicht der Fall.

Ich habe dann dem hohen Haus noch bekanntzugeben, daß die Plenarsitzung morgen um 10 Uhr beginnt.

Die Sitzung ist geschlossen.

(Schluß der Sitzung 19. Uhr 15 Minuten.)